

Rechtsextreme Frauen – übersehen und unterschätzt

Analysen und Handlungsempfehlungen

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



**FACHSTELLE GENDER UND
RECHTSEXTREMISMUS**

Ein Projekt der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus
der Amadeu Antonio Stiftung



Gefördert durch:



Umschlagfoto:

© *Antifaschistische Koordination Lübeck*

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung

Gefördert von: Open Society Foundation, Dreilinden

Redaktion: Esther Lehnert/Janna Petersen/Heike Radvan

Besonderer Dank: Naemi Eifler, Stella Hindemith, Zoé Sona, Henrike Voigtländer

Gestaltung:  Design

Litho/Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG

Fotonachweise: Soweit nicht anders angegeben: Amadeu Antonio Stiftung.

Alle Rechte bleiben bei den Autor_innen und Fotograf_innen.

Für die Unterstützung bei der Recherche zu einzelnen Fragen danken wir den
Kolleg_innen vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.v.

Inhaltsverzeichnis

Grußwort Dr. Eva Högl (SPD), Mitglied des Deutschen Bundestags	4
Vorwort Debora Guidetti, Open Society Foundations, Programmleiterin »Xenophobia and Intolerance in Western Europe«	6
Einleitung	8
1. Wie werden (rechtsextreme) Frauen wahrgenommen? Ein Blick in die Geschichte <i>Heike Radvan, Henrike Voigtländer</i>	10
2. Frauen in Gruppierungen der extremen Rechten nach 1989 <i>Naemi Eifler, Heike Radvan</i>	18
3. Rechtsterroristinnen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland <i>Ulrich Overdieck</i>	27
4. Fallgeschichte 1: Beate Zschäpe <i>Ulrich Overdieck</i>	35
5. Fallgeschichte 2: Nadja Drygalla Der Umgang mit Rechtsextremismus in Sportvereinen <i>Naemi Eifler, Heike Radvan</i>	45
6. Defizite im Umgang mit Aussteigerinnen aus der rechtsextremen Szene <i>Heike Radvan</i>	55
Fazit	62
Autor_innenangaben	63

Grußwort

Rechtsextremismus wird in der Öffentlichkeit meist mit gewaltbereiten Männern in Verbindung gebracht. Frauen in der rechten Szene wird hingegen kaum Beachtung geschenkt. Sie treten selten mit Bomberjacke und Springerstiefel auf, sondern pflegen das Image des »Heimchens am Herd«. Ihr Verhalten ist stets freundlich, hilfsbereit und nett. Es fällt schwer zu glauben, dass solche Frauen die Strategien der Nazis bewusst mittragen und verbreiten. Mit Verweis auf vermeintlich soziale Themen wie Familie, Bildung und Jugend versuchen sie bewusst, Wählergruppen anzusprechen und für rechtes Gedankengut zu gewinnen. Oft gelingt es ihnen so, ihre politischen Botschaften und rechtsextremes Gedankengut geschickt zu platzieren. Besonders heikel ist, dass ihre Ideologien auf diese Weise Eingang finden in sensible Bereiche wie Kitas, Schulen oder Sportvereine.



Ich warne davor, rechtsextreme Frauen nicht ernst zu nehmen. Beim NSU ist deutlich geworden, dass rechtsextremer Terror auch von Frauen verübt wird. Beate Zschäpe ist Hauptangeklagte im NSU-Prozess vor dem Münchner Oberlandesgericht. Wir brauchen eine besondere und erhöhte Aufmerksamkeit beim Einfluss von Frauen in rechtsextremen Organisationen und ihrer Beteiligung an rechtsextremen Aktivitäten. Wir alle sind gefordert – Polizei, Justiz, Verfassungsschutz und Zivilgesellschaft.

Und wir haben eine Reihe von Fragen: Warum fühlen sich Frauen von rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Gedankeninhalten angesprochen? Versagen unsere demokratischen Strukturen und wenn ja, an welchen Stellen? Wo müssen wir ansetzen, um die Gefahr, die von dem zunehmenden Einfluss rechtsextremistischer Frauen ausgeht, einzudämmen?

Genau diesen Ansatz verfolgte die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung während des einjährigen, von der Open Society Foundation geförderten Projektes und untersuchte, wie rechtsextreme Frauen in Medien, Öffentlichkeit und in staatlichen Institutionen wahrgenommen werden und welche Konsequenzen sich hieraus ergeben. Die entwickelten Handlungsempfehlungen werden ein ungemein wertvoller Beitrag sein für die gesellschaftliche und politische Debatte, die wir jetzt führen müssen, um unsere Gesellschaft stark gegen Rechtsextremismus zu machen.

Von besonderem Interesse werden die Erkenntnisse aus der projektabschließenden internationalen Tagung sein, bei der die Verhältnisse und Strukturen in anderen euro-

päischen Ländern betrachtet werden sollen. Denn Rechtsextremismus macht nicht an Staatsgrenzen halt. Von dem Erfahrungsaustausch der Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer werden auch wir Politikerinnen und Politiker profitieren, die bereits aktiv an der Umsetzung von Strategien gegen Rechtsextremismus arbeiten.

Ich danke allen an diesem Projekt Beteiligten für ihr Engagement und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Tagung mit vielen weiteren Erkenntnissen für Ihre künftige Arbeit.

*Dr. Eva Högl (SPD)
Mitglied des deutschen Bundestages*

Vorwort

Als die Amadeu Antonio Stiftung (AAS) die Open Society Foundations (OSF) 2012 erstmals mit dem Entwurf für ein Projekt kontaktierte, welches die geschlechtliche Dimension von rechtsextremer Verbreitung und Mobilisierung in der Gesellschaft sichtbar machen und in Angriff nehmen sollte, hatte ich selber kaum Kenntnisse über das Problem, aber ich war sehr geschockt von den kürzlich aufgedeckten Dimensionen der berüchtigten NSU-Morde. Ich verstand die jahrzehntelange Blindheit in Bezug auf dieses Problem nicht nur als schlechte Kooperation zwischen den Strafverfolgungsbehörden, sondern auch als beunruhigenden Beweis für strukturelle rassistische Befangenheit in den Untersuchungen. Die AAS hat die Stoßkraft des daraus folgenden nationalen Aufschreis klug genutzt, um auf ein drittes Problem aufmerksam zu machen, welches sich ebenfalls in der verspäteten Antwort auf diese Mordserie offenbart: die Blindheit vieler Anti-Rechtsextremismus-Programme bezüglich des Faktors Geschlecht. Um die Ursache für diese dramatische Ineffizienz anzugehen und das aus ihren Erfahrungen Gelernte zu teilen, hat die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus der AAS nun diese Broschüre veröffentlicht.

Das Projekt der Fachstelle, unterstützt von den OSF, hebt die Wichtigkeit eines geschlechtersensiblen Ansatzes in der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus hervor. Das stellt einen innovativen Ansatz dar, welcher bisher kaum in der Theorie oder Praxis berücksichtigt oder getestet wurde.

Beim Lesen der Projektergebnisse werden Sie verstehen, warum Geschlecht eine Kategorie ist, die beim Umgang mit der extrem Rechten nicht vernachlässigt werden kann. Sie werden von verschiedenen konkreten Fällen lesen, die zeigen, wie das außer Acht lassen der Geschlechterperspektive zum Misserfolg staatlicher Arbeit gegen den Rechtsextremismus geführt hat. Die vorliegende Broschüre zeigt zum Beispiel, wie sowohl der deutsche Verfassungsschutz als auch die Polizei dabei versagten, die Machenschaften des NSU aufzudecken, weil sie Frauen bei der Täterprofilierung ausschlossen. Frauen, die sich in rechtsextremen Gruppen engagieren, sind eben nicht alle Opfer oder unfreiwillige Instrumente in den Plänen anderer. Ganz im Gegenteil, sie sind selbst komplexe Akteurinnen. Die AAS spricht deswegen Empfehlungen dafür aus, wie staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln durch die Einnahme einer Gender-Perspektive verbessert werden kann.

Das Engagement der Fachstelle für Gender und Rechtsextremismus der AAS beschränkt sich nicht nur auf das Erforschen der oben genannten Extrembeispiele, sondern es stellt einen vielseitigen und effektiven Ansatz in vielen weiteren Sektoren dar, welche von dieser heimtückischen Form rechter Propaganda betroffen sind. Die Art von verheerender Propaganda, deren langanhaltende Wirkung zum Beispiel damit beginnt, dass Kleinkindern im Kindergarten rassistische Bücher vorgelesen werden. Darum hat die Fachstelle spezielle Fortbildungen entwickelt und schult unter anderem Kindergärtner_innen bezüglich dieser Problematik. Sie versucht außerdem, ein Netzwerk zwischen all

denen aufzubauen, die sich des Problems der Infiltrierung ihrer Institution durch Rechtsextreme bewusst sind. Sie hat den Dialog mit Journalist_innen eröffnet, um diesen geschlechterspezifische Probleme bei der Wahrnehmung von Rechtsextremismus bewusst zu machen. Sie schult die Leitungen von Jugendclubs, Gemeinschaftszentren und Sportvereinen und hilft diesen Organisationen dabei, »demokratische Leitlinien« für sich zu entwickeln.

Weiterhin arbeitet die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus mit Wissenschaftsverbänden der Sozialen Arbeit sowie Vertreter_innen des deutschen Bildungsministeriums zusammen, um einen geschlechtersensiblen Ansatz und einen besonderen Fokus auf Rechtsextremismus in den Lehrplänen aller sozialen Berufe zu implementieren.

Basierend auf all diesen Erfahrungen fordert die Amadeu Antonio Stiftung spezielle Schulungen für eine Reihe von Akteur_innen, welche mit diesem ernstesten Problem konfrontiert werden: vom Verfassungsschutz über die Polizei bis zu Medien, Lehrer_innen und Kindergartenpersonal. Wenn wir der Verbreitung der rechtsextremistischen Ideologien wirklich in einer effektiven Art und Weise entgegenzutreten wollen, müssen die genannten Akteur_innen sie aus einer Gender-Perspektive betrachten.

Auf der Tagung der AAS zum Thema »Rechtsextreme Frauen – Übersehen und unterschätzt?« am 24. März 2014 waren sich alle Teilnehmer_innen aus unterschiedlichen europäischen Ländern einig, dass es einen sehr großen Bedarf gibt, Rechtsextremismus aus einer Gender-Perspektive zu analysieren, und dass in dieser Hinsicht große Wissenslücken existieren. Rechtsextreme Gruppierungen arbeiten heutzutage enger zusammen; sie verbreiten und teilen ihre Strategien auch über nationale Grenzen hinweg. Demzufolge müssen Initiativen bei der Bekämpfung der Ausbreitung solcher intoleranter Ideologien strategisch miteinander interagieren und voneinander lernen, damit sie in der Lage sind schnell zu handeln und einzugreifen, wenn sich ähnliche Trends in anderen Ländern manifestieren. Die Ergebnisse der Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung können in verschiedenen Ländern und Regionen adaptiert und reproduziert werden. Sie könnten eine Inspirationsquelle für viele weitere europäische Organisationen sein und stellen bereits jetzt gute Methoden und konkrete Beispiele zur Verfügung, wie mit einem solchen unterschätzten Problem umgegangen werden kann.

Es ist meine Hoffnung, dass geschlechtersensible Politiken und Programme dank solcher Einblicke in Zukunft bessere Chancen haben, verwirklicht zu werden, und dass so schließlich die Verbreitung intoleranter und fremdenfeindlicher Ideologien zurückgedrängt und gestoppt werden kann.

*Debora Guidetti
Open Society Foundations, Programmleiterin
»Xenophobia and Intolerance in Western Europe«*



© Dieter Telemans/Panos Pictures
for the Open Society Foundations

Einleitung

Frauen, die sich in neonazistischen Szenen engagieren, werden häufig mit ihren rechtsextremen Positionen und den entsprechenden Motiven ihres Handelns übersehen. Beate Zschäpe ist hierfür ein aktuelles Beispiel. So wurde in der medialen Berichterstattung unmittelbar nach der Selbstenttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) häufig davon ausgegangen, dass Zschäpe lediglich »die Freundin von« einem der männlichen Gruppenmitglieder gewesen sei.¹ Neben sexualisierenden Bildern wird sie als politisch uninteressiert gezeichnet und als nicht involviert in die Planung und Umsetzung der Verbrechen. An diesem Fall lässt sich beispielhaft zeigen, inwiefern die ideologische Überzeugung einer Frau, ihr politisches Engagement in der rechtsextremen Bewegung und ihre Gewaltbereitschaft seitens der Medien und im öffentlichen Diskurs weitgehend unbeachtet bleiben.

Das Beispiel Beate Zschäpe ist jedoch kein Einzelfall. Sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart gibt es hierfür viele Beispiele. Einige dieser Fallgeschichten werden wir in der vorliegenden Broschüre erzählen und dahingehend analysieren, was sich daraus für das staatliche und das zivilgesellschaftliche Handeln lernen lässt. Eine der zentralen Folgen des Übersehens rechter Frauen besteht darin, dass rechtsextreme Gruppierungen unerkannt agieren können und ihre Ideologie unbeachtet bleibt. Auf diese Weise jedoch werden Gewalttaten übersehen beziehungsweise nicht zugeordnet. Nicht zuletzt diese Erkenntnis spricht dafür, sich dezidiert der Frage zuzuwenden, welche Gründe dazu führen, dass rechtsextreme Frauen mit ihrer Ideologie und ihrem Handeln aus dem Blick geraten. Wie kommt es, dass der Verfassungsschutz, die Polizei aber auch Jugendsozialarbeit, Medien und Verwaltung die rechtsextremen Motive und Aktionen von Neonazi-Frauen übersehen? In der Broschüre werden wir dieser Frage mit einem Blick in die Geschichte und anhand weiterer Fallbeispiele nachgehen. Und wir geben Handlungsempfehlungen für verschiedene gesellschaftliche Bereiche. Dies ist eine der zentralen Motivationen für das Heft: Wir richteten deshalb in der Amadeu Antonio Stiftung die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus ein, um mehr Aufmerksamkeit dafür zu generieren, dass in der Arbeit gegen Rechtsextremismus das Wissen um Geschlecht und Geschlechterrollen unbedingt berücksichtigt werden sollte. Bisher geschieht dies kaum, obwohl es sowohl für die pädagogische Arbeit in Jugendclubs, Kindergärten und Schulen von Relevanz ist als auch in der Arbeit in Vereinen, der Verwaltung, Polizei und nicht zuletzt im Verfassungsschutz. Mit der Broschüre geht es uns darum, diese Leerstellen in den verschiedenen Berufen aufzuzeigen und deutlich zu machen, welche Gefahren damit verbunden sind, wenn dies nicht geschieht. Gleichzeitig vermitteln wir konkrete Handlungsmöglichkeiten. Die Fachstelle bietet Fortbildungen, Beratung und konzeptionelle Begleitung für verschiedene Professionen an: Neben pädagogischen Bereichen (Kindertagesstätten, Jugendarbeit und Schulen) halten wir Vorträge, führen Workshops und Coachings durch für Sozialarbeiter_innen in der Verwaltung, für politisch Verantwortliche in Vereinen oder in Medien. Es ist unser Ziel, die Wahrnehmung für das Phänomen

zu stärken, die Entwicklung von Handlungskompetenz zu unterstützen und letztlich das bestehende Defizit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus aufzugreifen, indem wir konkrete Alternativen für die verschiedenen verantwortlichen Bereiche geben.

Wie ist die Broschüre aufgebaut?

Um die komplexe Frage nach den Gründen für die Ausblendung rechtsextremer Frauen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung zu beantworten, richten wir zunächst einen Blick in die Geschichte und fragen, welche stereotypen Bilder über Frauen historisch entstanden sind und wie sie von der Forschung überformt wurden. Exemplarisch betrachten wir die Debatte um die (Mit)Täter/-innenschaft von Frauen im Nationalsozialismus (NS). Daran anschließend fragen wir, wie Frauen, die sich nach 1945 in der extremen Rechten in Ost- und Westdeutschland engagierten, wahrgenommen wurden. Dezidiert untersuchen wir Funktionen und Rollen von Frauen im Rechtsextremismus der Gegenwart. In einem Exkurs geht Ulrich Overdieck der Frage nach, welche Rolle Frauen im Rechtsterrorismus der Bundesrepublik der 1980er Jahre spielten. Im zweiten Teil der Broschüre widmen wir uns dann drei Fallgeschichten der vergangenen Jahre und fragen, welche Defizite staatlichen Handelns sich hier im Umgang mit rechtsextremen Frauen zeigen. In den Artikeln entwickeln wir darüber hinaus Handlungsempfehlungen.

1. Wie werden (rechtsextreme) Frauen wahrgenommen? Ein Blick in die Geschichte

Heike Radvan, Henrike Voigtländer



»Genderterror abschaffen« ist eine weit verbreitete Forderung von Neonazis, hier auf einer Demo in Leipzig. Sie wenden sich gegen Feminismus und Gender Mainstreaming und stehen für traditionelle, biologistische Rollenbilder. © Recherche Nord

Bevor wir uns einer historischen Perspektive zuwenden, lässt sich vorab festhalten, dass die Wahrnehmung von Frauen im Allgemeinen durch Stereotype beeinflusst wird. Grundsätzlich hängen traditionelle, geschlechtsspezifische Bilder mit der Vorstellung von einer Zweigeschlechtlichkeit in der Gesellschaft zusammen, das Verhalten von Männern und Frauen wird mit bestimmten Annahmen verbunden. Diese binären, oft gegensätzlichen

Bilder haben bestimmte Funktionen, nicht zuletzt vereinfachen sie den Umgang mit einer Unübersichtlichkeit und Komplexität in der Gesellschaft. Zudem werden Frauen und Männer auf bestimmte Positionen mit spezifischen Aufgaben verwiesen; letztlich bleibt auf diesem Weg die nach wie vor geschlechtsspezifisch ungleiche Macht- und Chancenverteilung in der Gesellschaft zu Ungunsten vieler Frauen erhalten.

Den dominanten Stereotypen entsprechend, werden Frauen häufig als friedliebend, unpolitisch und eher passiv wahrgenommen. Im Kontext von Rechtsextremismus wird hier von der »doppelten Unsichtbarkeit«² gesprochen: Wird bereits im Allgemeinen eher davon ausgegangen, dass Frauen weniger politisch interessiert und friedliebend seien, so geraten weibliche Personen mit ihren rassistischen, rechtsextremen und generell menschenfeindlichen Meinungen und potentiell gewalttätigen Handlungen erst recht aus dem Blick. Dies geschieht auch deswegen, da Rechtsextremismus und Gewalt nach wie vor häufig als »männliches Phänomen« gesehen werden.

Das Bild der friedfertigen, unpolitischen Frau

Doch woher kommt die Auffassung, dass Frauen besonders friedfertige Wesen seien? Entsprechende Vorstellungen sind nicht neu. So enthält zum einen die Geschichtsschreibung dominante Bilder, mit denen Frauen bestimmte Eigenschaften und der familiäre Bereich zugeordnet wurden, zum Beispiel in der Darstellung prähistorischer Gemeinschaften, in denen Frauen das Feuer hüten und Beeren sammeln und Männer für die Jagd zuständig sind. Neuere Forschungen zeigen, inwiefern es sich hierbei um Überformungen der



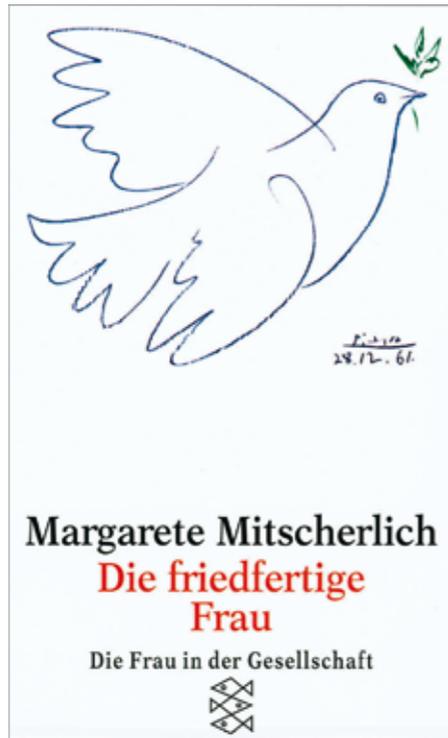
Die Skulptur der Friedensgöttin Eirene aus der Glyptothek in München trägt den kleinen Plutos auf dem Arm, die Personifizierung des Reichtums. © Marie-Lan Nguyen/CC BY 2.5

Geschichte handelt, so gibt es durchaus ethnographische Befunde, die die Existenz jagender Frauen belegen.³ Diese Forschungen erhielten jedoch in der Geschichtsschreibung weniger Aufmerksamkeit. Zum anderen entstehen binäre Zuschreibungen an Männer und Frauen in verschiedenen Zeitepochen: In der griechischen Antike wurden Frauen in Literatur und Philosophie dem häuslichen Bereich zugeordnet, da die Gottheit sie »schwächer« und »vorsichtiger« als die »verteidigungsbereiter[en]« Männer geschaffen habe.⁴ In der Mythologie war Eirene die Friedensgöttin; Ares der Kriegsgott. Im Christentum entwickelte sich die Figur der Maria, der Mutter Gottes, mit dem siebenten Jahrhundert zur Verkörperung der Barmherzigkeit.⁵ Noch zur Zeit der Reformation beschrieb Luther Frauen als »von Gott dazu geschaffen, Kinder zu gebären, die Männer zu erfreuen, barmherzig zu sein«⁶.

Während der Aufklärung, einer Zeit, die nicht umsonst auch mit der »Verwissenschaftlichung der Differenz«⁷ charakterisiert wird, werden Frauen in philosophischen Schriften von Kant und Hegel aufgrund ihrer biologischen Veranlagung als gutartig und friedlich bezeichnet.⁸ Auch Vertreterinnen der Frauenbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhundert befanden, dass »weibliches Wesen, weiblicher Instinkt identisch mit Pazifismus [seien]«⁹ und begründeten hiermit ihre Verantwortung in der Arbeit gegen den Krieg. Die Verbindung von Weiblichkeit mit Friedfertigkeit setzte sich auch im zweiten Teil des 20. Jahrhunderts fort – mit dem Unterschied, dass der Grund hierfür nicht in biologischen, vermeintlich »natürlichen« Ursachen zu suchen sei, sondern als Resultat der geschlechtsspezifischen Sozialisation von Frauen gesehen wird. So charakterisiert die Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich in ihrer Publikation »Die friedfertige Frau« von 1985 Männer als zerstörerisch, Frauen hingegen als opfernd und dienend. Frauen werden in diesem Buch psychoanalytisch begründet zu Opfern stilisiert, die von jeglicher Verantwortung für historische Verbrechen befreit seien.¹⁰

Es ließen sich in der Geschichte eine Vielzahl weiterer Beispiele für das Bild der schwachen, zu beschützenden und friedfertigen Frau finden. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Bild sich über die Jahrhunderte wirksam in Alltag und Kultur eingeschrieben hat.

Einhergehend mit der Annahme von Friedfertigkeit wurde historisch gesehen häufig davon ausgegangen, dass Frauen eher passiv und zurückhaltend seien. Die Wirkung dieses traditionellen Stereotyps zeigt sich in der deutschen Geschichtsforschung, in der bis in die 1970er Jahre Frauen als aktiv Handelnde nahezu gänzlich ausgeklammert bleiben. Die Geschichtswissenschaften bilden hierbei keine Ausnahme, eine auf Männer fokussierte Perspektive dominierte nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. So beforchten Historiker_innen überwiegend männliche Akteure, Frauen wurden als unbeteiligte Zeit-



Der Mythos der »friedfertigen Frau« war auch im 20. Jahrhundert weit verbreitet: 1985 erscheint das gleichnamige Buch der Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich. Es wurde innerhalb der Frauenbewegung und darüber hinaus breit rezipiert. © S. Fischer Verlag

genossinnen betrachtet und vor allem dem privaten Bereich zugeordnet. Das ist insofern verkürzend, als dass erst mit der Schaffung einer »bürgerlichen« Öffentlichkeit Frauen – nun wissenschaftlich legitimiert – aus dieser verbannt und in das Private gedrängt wurden. Das Private galt fortan als unpolitisch, der Zusammenhang »weiblicher Tätigkeiten« mit dem Öffentlichen und Politischen wurde negiert. Das Bild von der Frau als passives und unpolitisches Wesen, das für den privaten Bereich und die Kindererziehung zuständig war, verstellte nicht nur den Blick auf die kulturellen und gesellschaftspolitischen Leistungen der (bürgerlichen) Frauen, die unter anderem in Wissenschaft, Sozialen Bewegungen, Kunst und in weiteren Bereichen tätig waren. Es blieben zudem die Frauen unbeachtet, die in der Regel aus ökonomischen Zwängen heraus in Fabriken oder in der Landwirtschaft arbeiten mussten. Mit dem Bild der Frau als friedfertiges Wesen gerieten darüber hinaus Frauen aus dem Blick, die sich in Bewegungen engagierten, die diktatorische und menschenverachtende Ideologien vertraten.

Diese historischen Defizite der Wahrnehmung lassen sich auch damit erklären, dass Frauen häufig per se als eine einheitliche Gruppe konstruiert wurden.

Unterschiede aufgrund verschiedener Herkunft und Erfahrungen, wie ethnische, religiöse, sozioökonomische oder altersbedingte Differenzen, wurden nicht beachtet. Mit einer generalisierenden und Differenz negierenden Betrachtung wird jedoch der unterschiedliche Stand von Frauen in der Gesellschaft verschleiert. Ungesehen bleibt auf diesem Wege unter anderem die Teilhabe an Macht von Frauen, die aufgrund ihrer Herkunft oder mit einer Heirat in wohlhabende, über gesellschaftliche Einflüsse und Entscheidungsmöglichkeiten verfügende Situationen kamen. Erst mit der zweiten Frauenbewegung der 1960er Jahre und der damit entstehenden Frauenforschung in den 1970er Jahren veränderte sich die Perspektive, aus der heraus Geschichte betrachtet und erforscht wurde. Der Fokus richtete sich zunehmend auf den Alltag und die aktive Rolle von Frauen.¹¹

Die späte Thematisierung der (Mit)Täter/-innenschaft von Frauen im Nationalsozialismus

Die historische Ausblendung der politisch-ideologischen Überzeugung von Frauen und deren Gewalttätigkeit lässt sich exemplarisch an der Diskussion um die Rolle von Frauen im NS beschreiben. In der geschichtswissenschaftlichen Forschung galten Frauen lange Zeit als »unbeteiligte Zeitgenossinnen« oder als Opfer des nationalsozialistischen Staa-

tes.¹² Täterinnen wurden nur selten erwähnt und als Ausnahmeerscheinung bewertet. Ihre Darstellung ging einher mit sexualisierten Bildern, häufig wurden sie pathologisiert und als von Natur aus »böse Psychopathinnen«¹³ beschrieben. Als sich dieser Diskurs im Zuge der zweiten Frauenbewegung wandelte, standen zunächst politische Widerstandskämpferinnen im Fokus – nicht aber Jüdinnen, Sintize und Romni oder Frauen, die aufgrund körperlicher und geistiger Eigenschaften als »minderwertig« stigmatisiert wurden.¹⁴

Hinsichtlich der Auseinandersetzung mit Täter/-innenschaft von Frauen, griffen Forschende erst Ende der 1970er Jahre geschlechtergeschichtliche Ansätze auf, die international bereits seit Längerem vorlagen.¹⁵ In vielen Gruppierungen der deutschen Frauenbewegung wurde jedoch die Debatte um die Täter/-innenschaft von Frauen im NS zunächst abgelehnt. Frauen galten als unbeteiligt und als »Opfer« der patriarchalen Verhältnisse. Eine Auseinandersetzung mit der Verantwortung von systemkonformen Frauen und mit deren antisemitischen, rassistischen Einstellungen und Handlungen wurde – zum Teil sehr vehement – verweigert. Viele Frauen der zweiten Frauenbewegung verstanden Geschlecht als zentrale Unterdrückungskategorie, Rassismus und Klassismus galten als zweitrangig. Innerhalb der Frauenforschung zum NS wurde diese »Opfer-Täterinnen«-Diskussion in den 1980er Jahren vertieft. Anfang der 1990er Jahre kam es zum sogenannten »Historikerinnenstreit« zwischen Claudia Koonz und Gisela Bock, dessen wesentlicher Streitpunkt die von Koonz vertretene Ansicht darstellte, dass auch Frauen durch ihr Wirken im alltäglichen häuslichen Bereich aktiv zu den Verbrechen des NS beitrugen und von ihnen profitierten.¹⁶ Die ebenfalls Anfang der 1990er Jahre publizierte These von Christina Thürmer-Rohr von der Mittäter/-innenschaft betonte das Involviertsein von Frauen



Die Ortsgruppe »Nationalsozialistische Frauen Lennep«, aufgenommen beim ersten Frauenkongress der NSDAP in Düsseldorf am 15. und 16. Juli 1933. © Sammlung Ulrich Prehn



Frauen waren auch für die NSDAP eine wichtige Zielgruppe, hier ein Wahlplakat zur Reichstagswahl im November 1932.

© Kieler Stadt- und Schifffahrtsmuseum

in patriarchalen gesellschaftlichen Mechanismen.¹⁷ Women of colour und jüdische Forschende und Aktivistinnen kritisierten die vorherrschende Abwehr gegenüber der Thematisierung der Beteiligung und Verantwortung von Nationalsozialistinnen an den Verbrechen. Im Ergebnis dieser Kritik entstand ab Mitte der 1990er Jahre neue Forschung, in der unter anderem die Bedeutung der häuslichen und psychosozialen Unterstützung seitens Frauen thematisiert wurde, welche einen Rahmen für die von den Ehemännern begangenen Verbrechen gestellt hatten.¹⁸ In den Geschichtswissenschaften ändert sich nun die Perspektive: Frauen werden nicht mehr per se als eine homogene Einheit betrachtet. Eine differenzierte Analyse führt zu einer komplexeren Betrachtung der Beteiligung von Frauen an nationalsozialistischer Täter/-innenschaft.¹⁹

Frauen in der extremen Rechten nach 1945

Auch über die Zeit des NS hinaus vertraten Frauen extrem rechte Vorstellungen und versuchten diese strategisch umzusetzen. Noch in den letzten Kriegsmonaten waren es häufig die Ehefrauen von ranghöheren SS-Männern, die eine Flucht aus dem besiegten Deutschland vorbereiteten und koordinierten. Sie waren hierbei sehr erfolgreich, da sie oft unerkannt blieben und auf gut gepflegte Netzwerke zurückgreifen konnten. Ohne die Unterstützung und Loyalität ihrer Ehefrauen, die gerade auf einem gemeinsam geteilten Rassismus und dem antisemitischen Hass beruhten, wäre es vielen nationalsozialistischen Tätern nicht ohne Weiteres gelungen, das Land zu verlassen und sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Im Ausland spielten diese Ehefrauen eine nicht zu unterschätzende Rolle beim Aufbau eines »Lebens in der Fremde«, in dem die »SS-Sippengemeinschaft« und die rassistische Ideologie wiederum zentral waren.²⁰

Innerhalb der verschiedenen Besatzungszonen und ab 1949 in beiden deutschen Staaten gab es immer auch Frauen, die weiterhin dem NS anhängen, seine Ideologie vertraten

und auf verschiedene Weise versuchten, diese im Alltag aufrechtzuerhalten. Bislang liegen hierzu kaum Forschungen vor, daher werden wir im Folgenden zusammenfassend die vorliegenden Erkenntnisse beschreiben und hierbei mit der Bundesrepublik beginnen. 1951 entsteht mit der »Stillen Hilfe« ein Verein, der einer Vielzahl von SS-Führern bei der Flucht ins Ausland hilft, NS-Kriegsverbrecher in Gefängnissen unterstützt und als gemeinnützig eingetragener Verein Geld sammelt, das letztlich für den Aufbau einer rechtsextremen Bewegung eingesetzt wird.²¹ Der Verein hatte in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens eine Vielzahl an Unterstützer/-innen, neben ehemaligen NS-Führungspersonen auch hochrangige Kirchenrepräsentanten. Erst in den 1990er Jahren beginnt eine kritische Berichterstattung, infolge dessen dem Verein 1999 die Gemeinnützigkeit aberkannt wird. Mehrere Frauen sind von Beginn an leitend im Verein tätig. Die zentrale Person ist Gudrun Burwitz. Als Tochter von Heinrich Himmler – der als »Reichsführer-SS« und »Reichsinnenminister« einer der Hauptverantwortlichen des Holocaust war – steht sie für dessen Ideologie. Erste Vorsitzende ist Helene-Elisabeth von Isenburg, die sich als einflussreiche Katholikin erfolgreich bei Papst Pius XII für die Begnadigung von NS-Kriegsverbrechern einsetzte. In den Folgejahren übernehmen mit Gertrud Herr und Adelheid Klug Personen den Vorsitz, die bereits im NS, zum Beispiel im Bund Deutscher Mädel (BDM), ideologisch tätig waren. Der Verein ist international gut vernetzt, um die Flucht von SS-Tätern ins Ausland zu organisieren. Auch hier sind Frauen in führenden Positionen tätig, zum Beispiel Gräfin Lili Hamilton in Stockholm, die als Vizepräsidentin des Vereins über viele Jahre Schweden zu einem der wichtigsten Standorte aufbaut.

Die »Stille Hilfe« galt als Ideengeber für die Gründung der »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.« (HNG). Der 1979 gegründete Verein wurde 2011 verboten. Er unterstützte bundesweit rechtsextreme verurteilte Straftäter während und nach ihrer Haftzeit. Er galt als größte Neonazi-Organisation Deutschlands mit geschätzt über 1000 Mitgliedern. In der HNG engagierten sich viele Frauen, gerade für die psychologisch unterstützende Betreuung von Verurteilten – etwa durch das Schreiben von Briefen – galten sie als besonders geeignet. Der Verein kümmerte sich



Ursula Haverbeck-Wetzel beim geschichtsrevisionistischen »Trauermarsch« in Bad Nenndorf, 4. August 2012. Haverbeck-Wetzel verherrlicht den Nationalsozialismus. © Recherche Nord

besonders um diejenigen, die sich gewalttätig für ihre politische Überzeugung eingesetzt hatten. Seit 1991 war Ursula Müller (Jahrgang 1933) Vorsitzende der Hilfsorganisation, sie verband politische Schulung und Vermittlung nationalsozialistischer Ideologie (siehe unten) mit der Vereinstätigkeit.

Viele Frauen, die sich im NS für die völkische Idee engagierten, gaben ihre Ideologie auf Vorträgen und Veranstaltungen, die von rechtsextremen Gruppierungen und Parteien in entsprechenden Schulungs-



Mathilde Ludendorff vertrat eine völkisch-antisemitische Ideologie, die sie religiös-philosophisch begründete. Die Sekte der Ludendorffer folgt dieser Weltanschauung heute noch.

© Sammlung Ulrich Prehn

zentren und Vereinsräumen organisiert wurden, an die nachfolgende Generation weiter. Mehrere rechtsextreme Führungskader der vergangenen Jahrzehnte hatten Vorbilder und Lehrpersonen, die bereits im NS aktiv waren, darunter viele Frauen. So galt zum Beispiel Gertrud Herr, die bereits im NS als Ausbilderin ideologisch tätig war, als Ziehmutter von Jürgen Rieger, einem langjährigen Multifunktionär der extremen Rechten und verurteilten Holocaustleugner.

Auch unter den Personen, die im NS aufgewachsen waren und dessen Ideologie nach 1945 offensiv vertraten, waren Frauen, die sich öffentlichkeitswirksam engagierten. So gründete Ursula Haverbeck-Wetzel 1963 gemeinsam mit ihrem Mann die Heimvolkshochschule Collegium Humanum in Vlotho. Zunächst in der frühen Umweltbewegung und zu esoterischen Themen aktiv, wendete sich der Verein ab 1981 völkischen Ideen zu und entwickelte sich zu einem zentralen Schulungszentrum rechtsextremer und völkischer Gruppierungen. Er wurde 2008 verboten. Haverbeck-Wetzel war auch leitend

aktiv im »Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten«. Sie selbst wurde 2004 wegen Leugnung des Holocaust verurteilt.

Eine zentrale Figur der völkischen Bewegung der Ludendorffer war und ist Mathilde Ludendorff. Die Bewegung hat ihre Ursprünge in den 1920er Jahren, sie war in der Weimarer Republik und im NS eine der wichtigsten völkischen Strömungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelingt es Mathilde Ludendorff die Bewegung wieder aufzubauen und mit dem »Verlag Hohe Warte« ein Publikationsorgan zu schaffen. Mathilde Ludendorffs Ideologie ist geprägt von Antisemitismus und Rassismus. Ihre religiös-philosophischen Schriften bilden die Grundlage für die verschwörungstheoretisch geprägte Weltsicht der Ludendorffer. Die wichtigste heutige Organisation der Sekte ist der »Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.«, an dessen Tagungen auch viele Alt- und Neonazis teilnehmen. Die jährlichen Feiern zu »deutschen Festen« sind besonders bei völkischen Familien beliebt.

Während man in der Geschichte der Bundesrepublik eine relative Kontinuität extrem rechter Gruppierungen und Parteien erkennen kann und hierin die Rolle verschiedener Frauen deutlich wird, verläuft die Entwicklung in der DDR anders. Der propagierte Antifaschismus, die zumindest in den Anfangsjahren konsequente Entnazifizierung und gesellschaftliche Strukturen, die sich in Richtung Diktatur entwickelten, machten es für Anhänger/-innen des NS schwer, sich aktiv politisch in der sowjetischen Besatzungszone

und der DDR zu engagieren. Es gibt wenig Wissen über Personen und Strukturen, die für die Zeit der 1950er bis 1970er Jahre als rechtsextrem bezeichnet werden können. Dementsprechend lassen sich kaum Aussagen über das Wirken von Frauen in diesem Bereich treffen.

Festzustellen ist jedoch, dass nationalsozialistisches Gedankengut nicht verschwunden war. In halböffentlichen und privaten Räumen wie in Kneipen oder im familiären Kreis wurden diese Meinungen durchaus geteilt, völkisch-nationales Denken war öffentlich sichtbar in Hakenkreuzschmierereien, Schändungen jüdischer Friedhöfe aber auch bei Fußballspielen. Bei der Weitergabe der politischen Ideologie an die nachfolgenden Generationen spielten auch die Großmütter eine wichtige Rolle.²² Viele Personen, die sich in den 1980er Jahren in rechtsextremen Gruppierungen organisierten, waren durch positive Erzählungen über den NS von Großeltern oder anderen älteren Personen ideologisch vorbereitet oder einsozialisiert.

Die rechtsextreme Jugendkultur, die sich zu Beginn der 1980er Jahre in der DDR entwickelt, war gewalttätig und durchaus ideologisch geschult. Die Gewalt richtete sich gegen Vertragsarbeiter_innen, linke Jugendliche, Punks, gegen Jüdinnen und Juden, Homosexuelle. Auch in staatlichen Institutionen, wie der Nationalen Volksarmee wurden »neofaschistische« Handlungen und Haltungen sichtbar. Mitte der 1980er Jahre wurden staatliche Stellen auf das Problem aufmerksam. Das Innenministerium gründete bei der Kriminalpolizei eine »Arbeitsgruppe Skinhead«. Die Gruppe wurde mit einer Studie beauftragt und sollte untersuchen, in welchem Ausmaß es »faschistische« Gruppierungen gab und welche Motive die Akteur/-innen bewegten.²³ Die Ergebnisse wurden aufgrund ihrer Deutlichkeit und Brisanz nicht öffentlich und auch intern unter Verschluss gehalten. Seit dem politischen Umbruch 1989 sind sie einsehbar und bilden eine der wenigen Quellen zu dem wenig beleuchteten Thema. In der Studie wird davon ausgegangen, dass in der rechtsextremen Jugendkultur von Beginn an Frauen vertreten sind, deren Anteil durchschnittlich 20 Prozent betrage. Die Gruppierungen werden als hierarchisch beschrieben, zudem folgen Männer und Frauen einem rigiden geschlechtsspezifischen Rollenverhalten. Die Autoren der Untersuchung beschreiben, dass die weiblichen Gruppenmitglieder »nur selten auffallen«. Bernd Wagner, Leiter der Untersuchung, stellt das vielfältige Engagement von Frauen in der Szene und deren ideologische Überzeugung heraus: Nicht selten waren sie diejenigen, die logistische Aufgaben übernahmen und in propagandistischen Argumentationen gefestigt waren. So traten Frauen bei Verhören als Zeuginnen zugunsten der Beschuldigten in Erscheinung. Grundsätzlich jedoch bildeten weibliche Beschuldigte eher die Ausnahme. Die Studie deutet an, dass das Wirken rechter Frauen unterschätzt wurde: »In Betracht zu ziehen ist, dass der durch weibliche Personen erbrachte Umfang an Unterstützung für Skinhead- und Fascho-Gruppierungen während der letzten 3 Jahre größer war als angenommen«.

In der Studie wird eine Entwicklung beschrieben, die zwei Dekaden später in voller Ausprägung zu erkennen ist: So würden sich Mitglieder der Neonazi-Gruppen zum Ende der DDR bemühen, nicht als gewalttätig aufzufallen. Im Vordergrund stehe, die Nachbar_innen anzusprechen und für die eigene Sache zu gewinnen. Dass hierbei den Frauen generell, der Familie im Besonderen eine signifikante Rolle zukommt, lässt sich erahnen: »Am 1. Mai 1990 versammelten sich 80 bis 100 Leute im Hause, kurzgeschorene Skins, junge Frauen, ein Krabbelkind gar.«²⁴

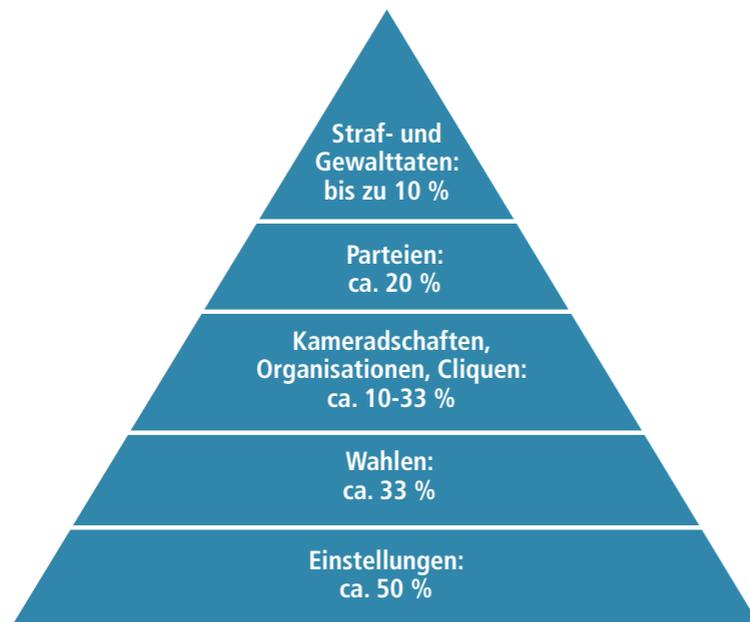
2. Frauen in Gruppierungen der extremen Rechten nach 1989

Naemi Eifler, Heike Radvan

»Wir haben in dem Sinne kein Frauenbild. Jede Frau kann bei uns machen, was sie will. Wie gesagt, bei uns sind die meisten berufstätig, und ich studiere, und ich möchte auch nicht, wenn ich mit meinem Studium fertig bin, dann die Hausfrau spielen, die zu Hause am Herd steht und den ganzen Tag kocht. Jede Frau soll ihr Leben so bestimmen, wie sie es möchte. Ich weiß auch noch nicht, ob ich unbedingt Kinder haben möchte oder nicht.«²⁵

Dieses Zitat aus dem Jahr 1993 zeigt, dass sich die Rollen und Funktionen, die Frauen in extrem rechten Gruppierungen einnehmen (können), ausgeweitet und ausdifferenziert haben. Auch wenn die traditionelle Vorstellung, derzufolge Frauen für Familie und Kindererziehung zuständig sind, nach wie vor in rechtsextremen Gruppen (ähnlich wie in vielen Teilen der Mehrheitsgesellschaft) dominiert, sind Frauen in den verschiedensten Bereichen aktiv. Die damit verbundenen Möglichkeiten werden durchaus als Attraktionsmoment gesehen, viele junge Frauen wenden sich diesen Gruppierungen zu, da sie hier aktiv und politisch tätig sein können und für sie attraktive lebensweltliche Angebote (wie Musik oder peer group) finden.

Neben traditionellen Orientierungen an der Mutterrolle und Familie finden sich »modernisierte« Lebensentwürfe, in denen sich rechtsextreme Frauen neben der häuslichen Sphäre selbstverständlich in den öffentlichen Bereich der Politik einbringen und dort



Die Pyramide zeigt die Beteiligung von Mädchen und Frauen im modernen Rechtsextremismus. © Renate Bitzan 2012

eigene Ziele vertreten. Dementsprechend besetzen Mädchen und Frauen innerhalb rechtsextremer Szenen verschiedenste Positionen. Sie sind »Mitläuferinnen« oder auch als Kader in Führungspositionen tätig. Sie engagieren sich genauso selbstverständlich für rechtsextreme Parteien in der Kommunalpolitik wie sie als Betreiberinnen subkultureller Szenetreffpunkte oder als Skingirl auffallen. In ihrer Betätigung als sogenannte Anti-Antifa-Aktivistin sind sie durchaus sehr gewaltbereit; strategisch setzen sie auf ihre weitgehende Unauffälligkeit als weibliche Vertreterinnen einer zunächst mit martialischen Männern in Verbindung gebrachten Szene; als Musikerin oder Autorin erfahren sie Zuspruch von weiten Teilen der Szene.

Bereits seit den 1990er Jahren lässt sich beobachten, dass zunehmend mehr Frauen Teil rechtsextremer Gruppierungen werden und hier aktiv sind. Renate Bitzan verweist darauf, dass der Frauenanteil in rechtsextremen Parteien bis zu 20% beträgt. In Kameradschaften und rechtsextremen Cliques organisieren sich anteilig 10-33% Frauen. Bei Wahlen stammen etwa ein Drittel der Stimmen für rechtsextreme Parteien von Frauen. Hinsichtlich der menschenfeindlichen, rassistischen Einstellungen generell unterscheiden sich Männer und Frauen kaum, sie sind ebenso rassistisch und antisemitisch. Einen signifikanten Unterschied gibt es bei rechtsextremen Gewalttaten, sie werden zu 90% von Männern verübt.

Die Erziehungswissenschaftlerin Dr. Esther Lehnert stellt fest, dass es »seit 2000 eine Zunahme von Frauengruppierungen gibt, die sich untereinander organisieren mit dem Ziel, Frauen nach vorne zu bringen.«²⁶ Es entstehen Frauenstrukturen und die Betätigungsfelder erweitern sich. Zu verweisen ist auf die elitäre Gemeinschaft deutscher Frauen (GDF) und die Frauenorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), den Ring Nationaler Frauen (RNF) sowie auf eine Vielzahl an kameradschaftsähnlichen Gruppierungen, die über eine bestimmte Zeit existieren, wie der Skingirlfreundeskreis Deutschland, der Mädlering Thüringen oder die Düütschen Deerns. Das Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus beobachtet und analysiert diese Entwicklung seit 2000 und spricht von einer Vielzahl verschiedenster Frauen- und Mädchengruppen, die es im Verlauf der vergangenen zwei Dekaden gegeben hat. Um die verschiedenen Strukturen aber auch Positionen und Wirkungsbereiche rechtsextremer Frauen genauer zu vermitteln, stellen wir im Folgenden ausgewählte Bereiche konkreter vor.

Rechtsextreme Frauen im sozialen Bereich

Seit mehreren Jahren ist zu beobachten, dass Frauen aus der NPD und ihrem Umfeld in soziale Berufe gehen und hier tätig sind. Diese Entwicklung ist kein Zufall: Bereits 1998 plädiert Udo Voigt, damaliger Vorsitzender der NPD generell dafür, dass die Partei sich sozialen Themen zuwendet.²⁷ Der NPD-Kader Stefan Köster ruft 2006 die Parteimitglieder auf, sich »im bundesrepublikanischen Alltag« einzubringen und sich in einer »örtlichen Bürgerinitiative, in einem Sportverein, der Freiwilligen Feuerwehr oder anderen überparteilichen Organisationen«²⁸ zu engagieren. Im Zuge der angestrebten politischen Neuausrichtung fand im Raum Kaiserslautern 1996 ein Frauenkongress statt, der zum Ziel hatte, Frauen aus dem NPD-Umfeld zu diesem Thema zusammenzuführen. Diese Entwicklung scheint erfolgreich, neben Kindertagesstätten, Schulen, Jugendzentren, Sportvereinen, hauptamtlicher und ehrenamtlicher Tätigkeit betrifft das – so die aktuellen Beobachtungen in der Praxis – auch Einrichtungen der Alten- und Krankenpflege.



Pfingstlager der 2009 verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend, hier im Mai 2007. Kinder und Jugendliche wurden systematisch mit nationalsozialistischer Ideologie indoktriniert, u.a. beim nächtlichen Fahneneid und Luftgewehrschießübungen. © Recherche Nord

Das Vorgehen der rechtsextremen Frauen lässt sich in diesen Bereichen oft als strategisch beschreiben. Es geht darum, Vertrauen zu gewinnen, Beziehungen zu knüpfen, Normalität herzustellen. Und darum, Neonazis als sozial engagiert, zuvorkommend und politisch unauffällig darzustellen. Udo Voigt stellt 2010 fest: »Der von mir vor über zehn Jahren geforderte kommunale Unterbau nimmt nun Gestalt an.«²⁹

In den pädagogischen und sozialen Einrichtungen sind Fachkräfte mit dieser Entwicklung konfrontiert: Oft fällt es im Team über längere Zeit nicht auf, dass eine Kollegin sich rechtsextrem engagiert. So wird die kommunale Kindertagesstätte in Lüneburg 2010 nicht zuletzt durch einen Artikel in der *tageszeitung* darauf aufmerksam, dass mit Birkhild T. eine Person in der Einrichtung tätig ist, die sich in Mecklenburg Vorpommern für die NPD unter anderem auf Kinderfesten engagiert, ihre Kinder in die mittlerweile verbotene Organisation Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) schickt und mit Andreas T. verheiratet ist, verurteilt wegen Körperverletzung und Wegbegleiter von NPD-Führungskadern.³⁰ Die arbeitsrechtliche Auseinandersetzung verläuft schwierig, erst drei Jahre später beendet ein Auflösungsvertrag die Anstellung. Auch das Team eines Jugendzentrums in Nordrhein-Westfalen ist überrascht, als sie 2007 feststellen, dass die neue Kollegin am Wochenende auf einer NPD-Demonstration marschiert.³¹ Iris Niemeyer galt als nette Kollegin. Dass sie diese Tätigkeit sehr strategisch angenommen und ausgeübt hatte, darauf deuten ihre Aussagen. So vertritt sie sehr direkt rechtsextreme Ideologie, kämpft für die »Rückführung von Ausländern« und fragt im Interview mit der *Berliner Zeitung* in 2012: »Warum nicht infrage gestellt werden darf, ob in Auschwitz überhaupt Juden umgekommen sind?«³² Gleichzeitig sagt sie über ihre Tätigkeit im Jugendzentrum: »Meine politische Haltung war meinen Kollegen nicht bewusst, ich hielt die Offenbarung meiner Einstellung auch nicht für notwendig.«³³

Für soziale Einrichtungen entsteht in solch einer Situation Handlungsdruck: so muss eine Auseinandersetzung im Team über die weitere Zusammenarbeit mit der Kollegin geführt werden. In der Praxis scheint es durchaus nicht selbstverständlich, dass Kolleg_innen dies übereinstimmend ausschließen. Hier bedarf es einer Auseinandersetzung und Positionierung in Richtung einer professionsbezogenen Menschenrechtsorientierung. Gleichzeitig stellen sich auf Seiten des Trägers arbeitsrechtliche Fragen nach einer möglichen Kündigung. Die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus berät Einrichtungen bei der Entwicklung eines demokratischen Leitbildes, ein Instrument, das in beiden Fällen wirksam hilft.



Maria Fank auf dem Rechts-Rock-Festival »Rock für Deutschland« in Gera am 6. Juli 2012. Sie spricht hier über die Rolle von Frauen in Familie und Gesellschaft, derzufolge Frauen von Natur aus für die Erziehung der Kinder verantwortlich seien. © Martin Juen

Hannah Schirmmacher propagiert 2010 in der NPD-Zeitung *Deutsche Stimme* (DS) »Erziehung als nationale Aufgabe« und fragt, wie »die Erziehungswissenschaft für unsere Zukunft« genutzt werden kann.³⁴ Lehrende an Fachschulen, Universitäten und Fachhochschulen beobachten dieses Phänomen und fordern ein, dass es hierzu eine kritische Auseinandersetzung unter den Verantwortlichen der verschiedenen Bereiche geben muss. Oft werden Studierende mit ihren rechtsextremen Einstellungen und ihrem diesbezüglichen Engagement von Mitstudierenden, aber auch von Lehrenden übersehen. So machen antifaschistische Strukturen Ende 2013 öffentlich darauf aufmerksam, dass Maria Fank

Es bedarf einer Auseinandersetzung an Ausbildungseinrichtungen, wie mit Studierenden umgegangen wird, die sich rechtsextrem engagieren. Auch hier berät die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus im Sinne der Entwicklung eines demokratischen Leitbildes und der offensiven Auseinandersetzung mit dem Problem.



Die netten Frauen von nebenan? Gitta Schübler, sächsische NPD-Landtagsabgeordnete, Katharina Becker (NPD Niedersachsen) und Judith Rothe (NPD Sachsen-Anhalt) sind die Initiatorinnen der NPD-nahen Frauenorganisation »Ring Nationaler Frauen«. Hier bei der Gründungsver-sammlung am 16. September 2006 in Sottershausen.
© Recherche Nord

in Berlin eine Ausbildung zur Sozialassistentin absolviert. Sie hat gute Verbindungen zur militanten Naziszene, ist im Bundesvorstand des RNF tätig und hetzt gegen neue Flüchtlingsunterkünfte, gegen Schwarze und Homosexuelle.³⁵

In verschiedenen Regionen der Bundesrepublik bringen sich in den vergangenen Jahren rechtsextreme Frauen gezielt in Elternvertretungen von Kindergärten und Schulen ein und lassen sich in Ämter wählen. Auch hier ist es oft schwierig, die Frauen mit ihren rechtsextremen Positionen zu erkennen und einen Umgang mit ihnen zu erarbeiten. Oft versuchen die Frauen in einem ersten Schritt, Vertrauen zu den anderen Eltern aufzubauen, etwa durch das Engagement für den Wiederaufbau des Spielplatzes oder durch Kuchenbacken für ein Kinderfest. In einem zweiten Schritt bringen sie dann ihre Ideologie sehr gezielt ein und plädieren zum Beispiel dafür, Bilder von der Wand zu entfernen, auf denen migrantische Kinder zu sehen sind. Stella Hähnel, geboren Palau, besuchte bis zum Frühjahr 2007 regelmäßig ein Familienzentrum im Umland von Berlin und half beim ehrenamtlichen Familiencafé. Zunächst blieb unerkant, mit wem man es zu tun hatte. Als die Mitarbeiterinnen in einer Lokalzeitung von einer Stella Hähnel als Pressesprecherin der NPD lesen, werden sie hellhörig und konfrontieren ihre ehrenamtliche Mitarbeiterin damit. So beginnt eine der ersten öffentlichen Auseinandersetzungen mit dem Thema ehrenamtliches pädagogisches Engagement von rechtsextremen Frauen. Bei Frau Hähnel handelt es sich um eine rechtsextreme Multifunktionärin, unter anderem war sie Mitgründerin der Organisation RNF, engagiert sich als sympathische Nachbarin dafür, neue Mitglieder für die NPD zu gewinnen und ist aktiv in der GDF.³⁶ Deutlich wird bereits hier, dass rechtsextreme Frauen sehr unterschiedliche Möglichkeiten haben, die rechtsextreme Ideologie voran zu treiben. Und dass sich hierfür auch besonders Bereiche und Orte eignen, die gemeinhin als »weiblich« und »unpolitisch« gelten.

Kaderfrauen, Kommunalpolitikerinnen, Vordenkerinnen

Darüber hinaus engagieren sich rechtsextreme Aktivistinnen für eine Vielzahl von Themen und besetzen sie aus Perspektive der rechtsextremen Ideologie. Sie treten auf Aufmärschen als Rednerinnen auf, schreiben Artikel in einschlägigen Printmedien oder verbreiten ihre Ideologie online. Als Kaderfrauen haben sie Einfluss auf die Bewegung



Im Fokus der stellvertretenden bayerischen Landesvorsitzenden der NPD, Sigrid Schübler, steht die Förderung des »Kinderreichtums«. Dass damit nur Kinder gemeint sind, die ihren rassistischen Vorstellungen entsprechen, wird im Slogan »Frei statt bunt« deutlich.
© Presseservice Rathenow

und die Entwicklung der Inhalte. Die aufgegriffenen Themen sind breit gefächert: Kinder und Erziehung, Mutterschaft, Bildung, Kultur, sexueller Missbrauch, Gesundheit/Naturheilkunde, Brauchtum, Kampf gegen die Gleichstellung der Geschlechter, gegen Gender Mainstreaming, Gender Studies und gegen Homosexualität, nationalistische Geschichte. Weibliche Neonazis besetzen neue Themen oft aus einer vermeintlich »weiblichen Sicht« und versuchen auf diese Weise, Personen zu gewinnen, die sich bislang nicht für diese Weltsicht interessiert haben. Gut erkennbar wird diese Strategie bei der Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch.

Rechtsextreme Kaderfrauen gibt es in den verschiedensten Gruppierungen, sowohl in militanten Strukturen oder in Zirkeln der Neuen Rechten als auch in parteinahen Gruppierungen. Letztere sind insbesondere bemüht, als bürgerlich und unauffällig zu gelten. NPD-Frauen engagieren sich in Landes- und Kommunalparlamenten. Sie versuchen hier, an Themen und politische Aufgaben so anzuschließen, dass ihre rechtsextreme Ideologie Anschluss findet. Oft scheint es für Abgeordnete der demokratischen Parteien nicht einfach, die Intention von NPD-Frauen im Blick zu behalten: NPD-Frauen, wie beispielsweise Marianne Pastörs, gehen oft sehr strategisch damit um, dass sie als freundlich, zugewandt und engagiert wahrgenommen werden. Sie versuchen, Kontakte und Koalitionen zu schließen und ihre politischen Ziele langfristig umzusetzen. Rechtsextreme Frauen finden wir also auch in Bereichen, die immer noch stark »männlich« konnotiert sind. Interessant ist hieran, dass rechtsextreme Frauen auch hier auf vermeintlich »weibliche Strategien« zurückgreifen.

Autonome Nationalistinnen, militante Frauen

Neben den engagierten rechtsextremen Frauen in »weiblichen« Bereichen wie Sozialarbeit und Nachbarschaft und rechtsextremen Frauen mit »weiblichen« Strategien in »männlichen« Bereichen wie Politik sind wir darüber hinaus mit rechtsextremen Frauen konfrontiert, die offen gewalttätig sind und damit klar von üblichen Weiblichkeitsvorstellungen abweichen. Sie erweisen sich oft als nicht weniger gewaltbereit als Männer. Jüngere als auch ältere Frauen organisieren sich in militanten Gruppierungen wie den Autonomen Nationalisten oder in Mädelskameradschaften. Sie treten sehr gewaltbereit und gewalttätig auf und marschieren selbstbewusst auf Aufmärschen in der ersten Reihe. Hier zeigt sich: Die Modernisierung der gesamten Gesellschaft hat Einfluss auf die extreme Rechte: So setzten sich im Mädlering Thüringen junge Frauen für einen »Nationalen Feminismus« ein. Sie diskutierten mit den »Kameraden«, ob sich Frauen bei Aufmärschen in gewalttätigen Situationen beteiligen dürften, welche Positionen Frauen in den gemischtgeschlechtlichen Gruppen einzunehmen hätten und ob sie zu gleichen Anteilen wie Männer politische Mandate und Führungspositionen einnehmen könnten. Mittlerweile ist die Homepage der Gruppe geschlossen.

Rechtsextreme Frauen, die sehr bewusst in männlich besetzte Räume vorstoßen und sich – im Gegensatz zu unseren vorherigen Beispielen – in diesen aggressiv, provozierend und gewalttätig gerieren, sind im Rechtsextremismus eindeutig in der Minderheit (wie auch in vielen demokratischen gesellschaftlichen Bereichen). Aber es gibt sie und wir müssen festhalten, dass es indessen auch im Rechtsextremismus Angebote für Frauen und Mädchen gibt, sich offen »männlich« zu verhalten – ohne dass damit ihre Geschlechtszugehörigkeit in Frage steht.



Die Liedermacherin Annett Müller, hier beim NPD-Wahlkampfauftritt in Hannover im September 2007, nutzte Musik strategisch, um rechtsextreme Ideologie zu verbreiten. Mittlerweile soll sie sich aus der Szene zurückgezogen haben. © Recherche Nord

Bei der bisherigen Ausdifferenzierung ist uns sehr bewusst, dass diese schematisch bleiben muss. Es gibt sehr wohl rechtsextreme Frauen, die sich im Laufe ihrer Sozialisation in der Szene in ganz unterschiedlichen Bereichen wieder finden: von der gewalttätigen jungen Straßenkämpferin zur engagierten rechtsextremen Mutter, die sich ehrenamtlich im Elternbeirat betätigt oder als Frau kommunalpolitisch tätig ist. Es gibt ebenso Frauen, die an den Wochenenden an gewaltförmigen Aufmärschen teilnehmen und unter der Woche sehr eifrig und unauffällig ihrem Studium nachgehen.

Rechtsextreme Frauen machen Musik,

erwerben sich einen Ruf als Liedermacherin und verbreiten darüber ihre Ideologie.³⁷ Oder sie sind als Szeneanwältinnen tätig wie Gisela Pahl. Regelmäßig vertritt sie Führungspersonen, zum Beispiel den angeklagten mutmaßlichen Unterstützer des NSU, Ralf Wohlleben. Unter dem Pseudonym Gisela Sedelmaier veröffentlicht sie 1992/1993 eine Ratgeberbroschüre mit Verhaltensregeln für Demonstrationen, Hausdurchsuchungen oder Zeugenaussagen. Nicht zuletzt wollen wir auch noch auf die Riege der »Alt-Nazi-Frauen« hinweisen, die die Szene über Jahrzehnte ideologisch prägen. So war zum Beispiel Ursula Müller, langjährige Vorsitzende der seit 2011 verbotenen HNG, in den 1980er Jahren Vorsitzende der »Deutschen Frauenfront« (DFF) und Mitgründerin der »NS Kampfgruppe Mainz«.³⁸

Anmerkungen

- 1 Vgl. Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus: www.frauen-und-rechtsextremismus.de/cms/presse [08.03.2014].
- 2 Ebd.
- 3 Siehe die Studie zu den philippinischen Agta: Goodman, Madeleine u.a. (1985): The Compatibility of Hunting and Mothering among the Agta Hunter-Gatherers of the Philippines. In: Sex Roles 12 (11/12), S. 1199-1209.
- 4 So das 1. Buch der Oikonomia des Pseudo-Aristoteles (43a 1-4), welches zu den konservativen Schriften gezählt wurde, jedoch vor allem seit dem 1. Jh. v. Chr. populär war. Zitiert nach Standhartinger, Angela: Das Frauenbild im Judentum der hellenistischen Zeit. Ein Beitrag anhand von »Joseph und Aseneth«. Köln u.a.: E.J.Brill, S. 61.
- 5 Vgl. Petri, Heinrich (2002): Art. Marienverehrung 1. Katholisch. In: Betz, Hans Dieter u.a.: Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft. 4. völlig überarbeitete Auflage. Bd. 5 L-M. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 820-822, hier S. 821.
- 6 Martin Luther zitiert nach Aland, Kurt (Hrsg., 1954): Die Werke Martin Luthers in neuer Auswahl für die Gegenwart. Bd. 7 Der Christ in der Welt. Berlin: Evang. Verl.-Anst., S. 279.
- 7 Gildemeister, Regine/Hericks, Katja (2012): Geschlechtersoziologie. Theoretische Zugänge zu einer vertrackten Kategorie des Sozialen. München: Oldenbourg Verlag, S. 18-20.
- 8 Vgl. Annerl, Charlotte (1997): Friedfertige Frauen? Zur Frage eines kriegskritischen Potentials moderner Weiblichkeit. In: Wiener Philosophinnen Club (Hrsg.): Krieg/War. Eine philosophische Auseinandersetzung aus feministischer Sicht. München: Fink, S. 219-228, hier: S. 223-225.
- 9 Heymann, Lida Gustava (1917): Weiblicher Pazifismus, o. S. Online unter www.frauenmediaturm.de/themen-portraits/feministische-pionierinnen/lida-gustava-heyman/auswahlbibliografie/weiblicher-pazifismus/ [08.03.2014].
- 10 Vgl. Mitscherlich, Margarete (1994 [1985]): Die friedfertige Frau. Frankfurt/Main: Fischer, S. 181.
- 11 Vgl. Gehrmacher, Johanna/ Mesner, Maria (2003): Frauen- und Geschlechtergeschichte. Positionen/Perspektiven. Innsbruck u.a.: Studien Verlag, S. 9.
- 12 Vgl. Kompisch, Kathrin (2008): Täterinnen. Frauen im Nationalsozialismus. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag, S. 7; sowie Schwarz, Gudrun (1997): Eine Frau an seiner Seite. Ehefrauen in der »SS-Sippengemeinschaft«. Hamburg: Hamburger Edition, HIS Verlag, S. 9.
- 13 Kompisch, 2008, S. 7.
- 14 Vgl. ebd., S. 8.
- 15 Im deutschsprachigen Raum erschienen Publikationen, in denen diverse Funktionen und Berufe von Frauen im NS dokumentiert wurden, darunter u. a. Ebbinghaus, Angelika (Hrsg., 1996): Opfer und Täterinnen. Frauenbiographien

des Nationalsozialismus. Frankfurt/Main: Fischer sowie Gravenhorst, Lerke/Tatschmurat, Carmen (Hrsg., 1990): Töchter-Fragen. NS - Frauen - Geschichte. Forum Frauenforschung Bd. 5. Freiburg: Kore.

- 16 Siehe Koonz, Claudia (1988): Mothers in the Fatherland. Women, the Family and Nazi Politics. London: Methuen sowie Bock, Gisela (1989): Die Frauen und der Nationalsozialismus. Bemerkungen zu einem Buch von Claudia Koonz. In: Geschichte und Gesellschaft, 15 (4), Innenpolitische Probleme der Weimarer Republik, S. 563-579.
- 17 Vgl. Thürmer-Rohr (1990): Mittäterschaft und Entdeckungslust. In: Studienschwerpunkt »Frauenforschung« am Institut für Sozialpädagogik der TU-Berlin (Hrsg.): Mittäterschaft und Entdeckungslust. Berlin: Orlanda Frauenverlag, S. 138-154.
- 18 Siehe Schwarz 1997: Schwarz publizierte zu den Ehefrauen von SS-Männern sowie Klier, die in ihrem Buch zu medizinischen Experimenten an polnischen Frauen die Schulung von zumeist aus umliegenden Betrieben angeworbenen Frauen zu KZ-Aufseherinnen erforschte: Klier, Freya (1994): Das Kaninchen von Ravensbrück. Medizinische Versuche an Frauen in der NS-Zeit. München: Knauer.
- 19 Vgl. Kompisch 2008, S. 10.
- 20 Siehe Schwarz 1997.
- 21 Vgl. hier und im Folgenden Schröm, Oliver/Röpke, Andrea (2002): Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis. Berlin: Ch. Links.
- 22 Vgl. u.a. Moller, Sabine u.a. (2002): »Opa war kein Nazi«. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt/Main: Fischer sowie Köttig, Michaela (2004): Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen. Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- 23 Hier und im Folgenden siehe die Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR, eingesehen im Archiv antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.v. (apabiz).
- 24 Ebd., S. 21.
- 25 Zitiert nach Bitzan, Renate (2000): Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken. Tübingen: Edition Diskord, S. 9.
- 26 Zitiert aus dem Beitrag der Sendung Kulturzeit des Fernsehsenders 3sat ausgestrahlt am 22.11.2011. Online unter www.youtube.com/watch?v=gkZLY9KiC8 [08. 03. 2014].
- 27 Vgl. Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2011): Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene. Berlin: Ch. Links, S. 34.
- 28 Zitiert nach ebd., S. 35.
- 29 Zitiert nach ebd., S. 36.
- 30 Speit, Andreas (2013): Kindertagesstätte in Lüneburg. Kinder sind rechte Erzieherin los. In: Die Tageszeitung, 04. 07. 2013, o. S. Zu Andreas Theißen siehe: Anonym (2010): Art. Theißen, Andreas. 22. 08. 2010. Online unter www.netz-gegen-nazis.de/lexikon/kontext/andreas-theissen [08. 03. 2014].
- 31 Vgl. Lang, Juliane (2009): Die sanfte Seite des Rechtsextremismus? 19. 02. 2009. Online unter www.netz-gegen-nazis.de/artikel/die-sanfte-seite-des-rechtsextremismus-2 [08. 03. 2014].
- 32 Zitiert nach Möskén, Anne Lena (2012): »Sein Land lieben, das darf man ja wohl«. 18. 02. 2009. Online unter www.berliner-zeitung.de/magazin/rechtsextremismus-ihre-kampfe,10809156,11652160,item,1.html [08. 03. 2014].
- 33 Pressemitteilung der NPD NRW, Oktober 2007.
- 34 Schirmmacher, Hannah (2010): Erziehung - eine nationale Aufgabe. 06. 04. 2010. Online unter www.deutsche-stimme.de/ds/?p=3148 [04. 02. 2014].
- 35 Vgl. Anonym (2013): Aufruf zur Antifa-Demo am 13. 12. 2013 in Berlin. Online unter <http://a2berlin.org/cms/artikel/antifaschismus/288-aufruf-zur-antifa-demo-am-13-12.html> [08. 03. 2014].
- 36 Vgl. Lang, Juliane (2009): Stella Hähnel. 19. 02. 2009. Online unter www.netz-gegen-nazis.de/artikel/hahnel-stella-7726 [08. 03. 2014].
- 37 Vgl. hier und im Folgenden Röpke/Speit 2011, S. 153.
- 38 Vgl. Thomas, Armin (2013): NSU-Terror: Eine Spur führt nach Mainz. 14. 05. 2012. Online unter www.rhein-zeitung.de/region/lokales/mainzer-rhein-zeitung [08. 03. 2014].

3. Rechtsterroristinnen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Ulrich Overdieck



In der Publikation »Kommando«, herausgegeben von der rechtsextremen »Wehrsportgruppe Hoffmann« wird aktiv um die Teilnahme von Frauen geworben.

© Repro apabiz e.V.

Die Leerstelle bei der Betrachtung von Frauen in der Geschichte lässt sich auch in der mangelnden Wahrnehmung der Rolle von Frauen in rechtsextremen Strukturen und rechtsterroristischen Gruppierungen in Deutschland nach 1945 wiederfinden.

Während beispielsweise die Frauen der linken »Rote Armee Fraktion« (RAF) noch vielen im Gedächtnis sein mögen, gilt dies für Rechtsterroristinnen in deutlich geringerem Maß. Beate Zschäpe ist jedoch nicht die erste Rechtsterroristin in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Im Zusammenhang mit fast allen rechtsextremen Gruppierungen und Segmenten der rechtsextremen Szene haben rechtsextreme Frauen mitgewirkt und tun das noch heute - wenngleich sie sich oft im Hintergrund hielten und halten. Das gilt auch für rechtsterroristische Strukturen.

Zu Beginn der 1980er Jahre gab es in der »alten« Bundesrepublik eine Welle rechtsterroristischer Anschläge mit bis zu 20 Todesopfern bis 1982.¹

Die Beteiligung rechtsextremer Frauen bei den für diese Taten verantwortlichen Organisationen soll im Folgenden am Beispiel der »Deutschen Aktionsgruppen« (DA), der »Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands« (VSBd) und der »Wehrsportgruppe Hoffmann« (WSG Hoffmann) nachgezeichnet werden. Als jüngeres Beispiel dient abschließend die »Schutzgruppe« der »Kameradschaft Süd« aus München.

Frauen bei den »Deutschen Aktionsgruppen« (DA)

Die »Deutschen Aktionsgruppen« verübten im Jahr 1980 sieben Brand- und Sprengstoffanschläge, die zumeist antisemitisch oder rassistisch motiviert waren. Ihr Anführer war der Anwalt Manfred Roeder, der einen kleinen Kreis Gleichgesinnter um sich versammeln konnte. Auffällig war bei dieser Gruppierung unter anderem, dass es ihr gelang, nicht unbeträchtliche Geldsummen mithilfe vieler Spender/-innen zu akquirieren.²

Die DA werden in der Wissenschaft oft als einzige rechtsterroristische Vereinigung dieser Zeit beschrieben, die auch weibliche Mitglieder hatte.³ Der Soziologe Friedhelm Neidhardt kommt bei seiner Untersuchung auf Grundlage von Daten über 51 Rechtsterrorist/-innen bis zum Jahr 1980 auf einen Gesamtanteil von Frauen von immerhin 10%, der ausschließlich wegen der Frauen der DA erreicht wurde.⁴ Diese seien jedoch »erkennbar patriarchalisch annektiert, nämlich als Freundin, Braut, Tochter oder Ehefrau« in Erscheinung getreten und hätten bei den DA dementsprechend »im wesentlichen nur ausführend und unterstützend«⁵ agiert. Auch wenn als unstrittig gelten kann, dass die Führung der DA Männer innehatten – an erster Stelle ist Manfred Roeder, an zweiter Stelle der Arzt Heinz C. zu nennen – scheint die Rolle von Frauen bei den DA einer genaueren Betrachtung wert.

Die meisten Taten der DA wurden unter wesentlicher Beteiligung von **Sibylle V.** verübt, die eine zentrale Rolle in der Gruppierung einnahm.⁶ Dies gilt auch für den schwerwiegendsten Anschlag der DA, eine Brandstiftung auf ein Wohnheim in Hamburg am 22. August 1980, bei dem die Vietnamesen Ngoc Nguyen und Anh Lan Do ermordet wurden. Ausgegebenes Ziel der Gruppierung war es, »Deutschland von den Ausländern zu befreien«⁷.

Sibylle V. wurde 1956 als Tochter eines Arztheepaares in Flensburg geboren, legte 1975 ihr Abitur ab, erlernte den Beruf der Radiologie-Assistentin und arbeitete in einem Krankenhaus in Hamburg.⁸ Über ihre Arbeitskollegin **Gabriele C.** kam sie in Kontakt mit rechtsextremer Ideologie und lernte zunächst deren Vater Heinz C. und später Manfred Roeder kennen. Auch Gabriele C. beteiligte sich an den Vorbereitungen zu einem Sprengstoffanschlag der DA auf eine Schule in Hamburg, bei dem zwei zufällig vorbeikommende Krankenschwestern verletzt wurden.⁹

Gertraud R., die Ehefrau Roeders, nahm zwar nicht an terroristischen Aktivitäten teil, verwaltete jedoch einen rechtsextremistischen Verein und – hiermit verbunden – das erwähnte Spendenaufkommen, auf das die DA zurückgreifen konnte. Sie tat dies vor allem während der Zeit, in der ihr Ehemann sich im Ausland aufhielt, um sich dem Zugriff der Polizei zu entziehen und während seiner Zeit in Haft.¹⁰

Am 1. September 1980 gelang der Polizei in einer Großaktion die Festnahme des vierköpfigen Kerns der DA sowie von 12 Unterstützer/-innen.¹¹ Wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung wurde Manfred Roeder im Jahr 1982 zu einer Freiheitsstrafe von 13 Jahren verurteilt, jedoch bereits am 15. Februar 1990 wegen einer günstigen Sozialprognose entlassen. Sibylle V. wurde wie weitere Mitglieder der DA zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Nachdem sie acht Jahre ihrer Strafe in Stuttgart-Stammheim verbüßt hatte, wurde sie schon 1988 auf freien Fuß gesetzt.¹² Das »erschreckend naive«¹³ Auftreten von Sibylle V. vor Gericht, der für viele Beobachter_innen offenbar lächerlich anmutende Briefverkehr innerhalb der Gruppe und »schwülstige«¹⁴ Tagebucheinträge des Liebespaars Manfred Roeder und Sibylle V. prägen das mediale Bild, das bezüglich der Geschlechterverhältnisse bei den DA gezeichnet wurde. Bereits in der Anklageschrift wurde Sibylle V. als Roeder gegenüber »geistig und sexuell hörig«¹⁵ beschrieben – vor Gericht gab die Angeklagte an, diesem »verfallen«¹⁶ gewesen zu sein und daher die Taten begangen zu haben. Dies passte zu Weiblichkeitsvorstellungen, in denen Frauen als Sexualobjekte angesehen und nicht ernst genommen werden. Die Höhe der tatsächlich zu verbüßenden Strafe scheint das Auftreten von V. vor Gericht und insbesondere die Wahrnehmung dieses Auftretens durch Presse und Justiz jedenfalls nicht gesteigert zu haben.

Eine Frau im bewaffneten Kampf von Mitgliedern der »Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands« (VSBD)

Die mit vollständigem Titel »Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/ Partei der Arbeit« (VSBD/PdA) genannte rechtsextreme Organisation wurde am 17. Juni 1971 von dem mittlerweile verstorbenen Neonazi Friedhelm Busse gegründet und am 24. Januar 1982 mitsamt ihrer Jugendorganisation »Junge Front« vom Bundesinnenminister als verfassungsfeindliche Organisation verboten.¹⁷ Am 24. Dezember 1980 hatte ein VSBD-Mitglied bei einem illegalen Grenzübertritt zwei Beamte des Schweizer Grenzschutz getötet und danach Selbstmord begangen. Er war vermutlich beim Waffenschmuggel überrascht worden.

Im Vorfeld eines geplanten Banküberfalls in Rennerod kam es am 20. Oktober 1981 in München-Waldperlach zu einer Schießerei zwischen fünf VSBD-Mitgliedern und der Polizei. Hierbei wurden zwei der Rechtsextremen getötet und ein Polizist lebensgefährlich verletzt.¹⁸ Im Rahmen der anschließenden Fahndung nach der unter der Bezeichnung »Kommando Omega« auftretenden Gruppe wurde mit **Christine H.** noch im selben Jahr auch eine 23-jährige Frau von einer Antiterrorereinheit in Belgien festgenommen und nach Deutschland ausgeliefert. Eine Anklage als »terroristische Vereinigung« (nach §129a) wurde fallen gelassen, obwohl hierfür einige Anhaltspunkte vorlagen.¹⁹ Die bereits wegen Volksverhetzung und Sachbeschädigung vorbestrafte H. erhielt letztlich eine sechsjährige Gefängnisstrafe – unter anderem für ihre Beteiligung an einem weiteren Banküberfall, bei dem sie den Fluchtwagen fuhr. Die 1959 in Lüneburg geborene Rechtsextreme distanzierte sich in der Haft vom Rechtsextremismus und verfasste später ein Buch über ihren Ausstieg.²⁰

Frauen im Umfeld der »Wehrsportgruppe Hoffmann« (WSG Hoffmann)

Auch die nach ihrem Anführer Karl-Heinz Hoffmann benannte »Wehrsportgruppe Hoffmann« wurde nie juristisch als »terroristische Vereinigung« eingestuft. Von ihren (ehemaligen) Mitgliedern und aus ihrem Umfeld heraus wurden jedoch in den frühen 1980er Jahren mehrere Mordtaten von terroristischer Qualität verübt²¹, die von der Justiz letztlich nur verschiedenen – ausnahmslos männlichen – »Einzeltätern« angelastet wurden.²² Nach ihrer Gründung wurde die WSG Hoffmann ab 1974 zunehmend in der Öffentlichkeit bekannt und avancierte schnell zu einem »kontrovers diskutierten Medienereignis«²³. Die paramilitärischen Wehrsportübungen der 400-600 Personen umfassenden rechtsextremen Gruppierung galten insbesondere in einigen konservativen Kreisen zunächst als eine überwiegend harmlose »Spinnerei«. Am 30. Januar 1980 erließ der Bundesinnenminister dennoch das Verbot der Vereinigung, die bis zu diesem Zeitpunkt den bewaffneten Kampf übte und eine »Vorstufe« zum Terrorismus wohl bereits erreicht hatte.²⁴

In die WSG Hoffmann wurden vor ihrem Verbot sowohl in ihren Anfangsjahren, als auch wieder ab 1979 Frauen erklärtermaßen als Mitglieder aufgenommen. Hoffmann wollte Frauen »gleichberechtigt an den Wehrsport«²⁵ heranführen. Seine Auffassung unterschied sich hiermit klar von anderen Gruppen aus dem neonazistischen Spektrum, die eine traditionelle Frauenrolle postulierten.²⁶

Den zwischenzeitlichen »Einstellungsstopp« von Frauen begründete Hoffmann in der WSG-Postille »Kommando« in typisch rechtsextremer Diktion damit, dass »bei den damaligen Bewerberinnen [...] die menschlich charakterliche Eignung in Bezug auf moralische



Gedenken an die Opfer des Anschlages auf das Oktoberfest: Am 26. September 1980 verübte der Neonazi Gundolf Köhler einen Sprengstoffanschlag auf das Oktoberfest in München. Die Folge: 13 Tote und mehr als 200 Verletzte.
© JaBB / CC BY-NC-ND 2



Am 19. Dezember 1980 ermordete Uwe Behrendt, Mitglied der rechtsextremen »Wehrsportgruppe Hoffmann« den Rabbiner Shlomo Lewin und dessen Lebensgefährtin Frieda Poeschke in Erlangen.
©: Jan Eric Loebe / CC BY 3.0

Standfestigkeit und Durchhaltevermögen in psychologischen Streßsituationen [...] nicht in ausreichendem Maße gegeben« gewesen sei.²⁷ Später seien jedoch »richtig motivierte Kameradinnen« aufgefallen, die »durch Härte und Anpassungsfähigkeit« überzeugt hätten.²⁸ Ab 1979 sollen Frauen »voll in die aus Männern bestehenden Gruppen integriert werden« und wichtige Rollen »bei der Beschaffung von Aufklärungsergebnissen«, sowie bei »Veranstaltungen und Feierlichkeiten« spielen.²⁹ Um die weibliche rechtsextreme Zielgruppe wurde von der WSG Hoffmann in ihrer Publikation »Kommando« somit regelrecht geworben – der Erfolg dieser Bemühungen lässt sich jedoch nicht leicht beurteilen.³⁰

Nach dem Verbot seiner Organisation baute Hoffmann mit Unterstützung der paläs-

tinensischen Fatah im Libanon die etwa 15-köpfige paramilitärische Gruppe »WSG Ausland« auf, die vorwiegend aus ehemaligen Mitgliedern der WSG Hoffmann bestand und bereits Anschläge auf Personen und Einrichtungen in der Bundesrepublik und im Nahen Osten geplant haben soll. Nach der Rückkehr aus dem Libanon wurden Hoffmann und seine damals 35-jährige Lebensgefährtin und spätere Ehefrau **Franziska B.** jedoch sofort festgenommen.³¹ Letztere war offenbar als eine Art Statthalterin in der BRD verblieben und stellte laut früheren WSG-Mitgliedern das Bindeglied zwischen dem Libanon und Deutschland dar.³² B. war »finanzieller und organisatorischer Rückhalt der WSG« und finanzierte laut der Staatsanwaltschaft Nürnberg in den Jahren 1979-1980 nicht nur den Unterhalt Hoffmanns, sondern ermöglichte auch die Aktivitäten der von ihm geleiteten Vereinigung. Zur Rolle von B. soll laut einem langjährigen WSG-Mitglied gehört haben, dass diese die »gesamte schriftliche Korrespondenz für die WSG erledigt, Pressemitteilungen beantwortet, eine WSG-Kartei angelegt habe und entscheidend an der Herstellung der WSG-Zeitschrift »Kommando« beteiligt gewesen sei«. Somit sei sie »praktisch die Vertreterin Hoffmanns gewesen und habe auf alle die WSG betreffenden Fragen Auskunft geben können«. Gegenüber einem anderen ehemaligen Mitglied soll Hoffmann gesagt haben, dass im Falle seiner Festnahme B. »die Chefin [sei], die über alles bescheid wisse«. Die deutsche »Nummer zwei« auf der WSG-Hierarchieleiter war also weiblich.³³

Beim Doppelmord des WSG Hoffmann- und WSG Ausland-Mitglieds Uwe Behrendt in Erlangen (vgl. Endnote 21) verblieb die Sonnenbrille von Franziska B. am Tatort. Aufgrund einer Eingravierung des Optikers ließ sich die Brille im Nachhinein leicht zuordnen. Nach Angabe von Hoffmann im Prozess habe Behrendt diese bei der Tat getragen. Zudem habe Behrendt die Tatwaffe, die aus Hoffmanns Besitz stammt, ihm ohne sein Wissen entwendet. Damals wohnte Behrendt gemeinsam mit Hoffmann bei B. im Schloss Ermreuth. Geholfen habe Hoffmann Behrendt, der ihm von der Tat noch am selben Abend erzählt habe, indem er ihm Geld für die Flucht in den Libanon gab und die Tatkleidung verbrannt habe. Am Ende entscheidet sich das Gericht trotz anderweitiger Indizien für die These, der drei Wochen vor Prozessbeginn gestorbene Behrendt habe alleine gehandelt.³⁴ Hoffmann wird nach zweijährigem Prozess im Sommer 1986 von der Anstiftung zum zweifachen Mord mangels Beweisen freigesprochen. Er wird jedoch in anderen Fällen zu 9,5 Jahren Haft wegen Geldfälschung, Waffenbesitz, Freiheitsberaubung und Körperverletzung verurteilt.

Die Polizei hatte im Übrigen im Fall des Erlanger Doppelmords über Monate hinweg den Täter nicht im rechtsextremen Spektrum gesucht, sondern unter den angeblich kriminellen Angehörigen der jüdischen Gemeinde – die Parallelen zu dem NSU-Mordermittlungen sind frappierend.³⁵

Franziska B. wurde erst fünf Wochen nach der Tat zu ihrer Sonnenbrille am Tatort befragt.³⁶ Sie wurde wegen Beihilfe zum Mord angeklagt, jedoch ebenfalls nicht verurteilt.

Frauen in der »Schutzgruppe« (SG) der Münchner »Kameradschaft Süd« (»Wiese-Gruppe«)

Ein neueres Beispiel für die Beteiligung von Frauen in rechtsterroristischen Organisationen stellt die ab Herbst 2002 im Umfeld der Münchner »Kameradschaft Süd« gebildete »Schutzgruppe« (SG) dar.³⁷ Die vom Kameradschaftsführer Martin Wiese geleitete Gruppierung hatte ein Attentat auf die Grundsteinlegung des jüdischen Kulturzentrums in



Jüdisches Kulturzentrum in München: Die im Umfeld der »Kameradschaft Süd« gebildete »Schutzgruppe« plante ein Attentat auf die Grundsteinlegung des Gebäudes am 9. November 2003.

© Guido Ragig/CC-by-sa 3.0/de

München am 9. November 2003 geplant. Bevor die Rechtsterrorist/-innen ihr in der Planungsphase befindliches Vorhaben jedoch in die Tat umsetzen konnten, ging die Polizei ab September 2003 mit Festnahmen gegen die SG vor.

Unter den zwischenzeitlich 12 Mitgliedern der SG waren mit **Monika S.**, **Katrin O.**, **Jessica F.** und **Ramona Sch.** vier Frauen. Unter den acht Angehörigen der SG, die im Frühjahr 2005 in mehreren Prozessen wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§129a) verurteilt werden, waren drei Frauen:

Jessica F. (geb. 1981) nahm ab Sommer 2002 an den »Stammtische« genannten Vortragsveranstaltungen der Kameradschaft Süd teil und führte dort meist das Protokoll. Sie leitete zwischenzeitlich den wöchentlichen »Nachwuchsstammtisch« der Kameradschaft Süd mit, der Jugendliche zwischen 15-18 Jahren ansprechen sollte und stieg kurzzeitig zur Stellvertreterin Wieses in der SG und der Kameradschaft Süd auf, bevor sie im Frühjahr 2003 auf Geheiß Wieses von beiden Posten abgelöst wurde. Auch bei den sonntäglichen paramilitärischen Wehrsportübungen der SG im Wald war F. die Vertreterin Wieses im Verhinderungsfall. F. soll auch zumindest eine Person für die SG angeworben haben. Sie wurde am 5. April 2005 vor dem Bayerischen Oberlandesgericht (OLG) wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einem Jahr und 6 Monaten auf Bewährung verurteilt.

Monika S. (geb. 1986) leitete als weiteres weibliches Mitglied aus dem Führungskreis der Kameradschaft Süd den auf Betreiben Wieses gegründeten sogenannten »Frauenbund«. Der »Frauenbund« traf sich wöchentlich mit fünf bis sechs Teilnehmerinnen zu einem »Stammtisch« in einer Münchner Kneipe. Neben der Leitung des »Frauenbunds«

lag auch die Leitung der »Anti-Antifa-AG« zunächst bei Katrin O., die diese Funktion jedoch an S. abgab, als sie schwanger wurde. Bei O. waren zuvor alle Daten (zum Beispiel die »Verantwortlichen im Sinne des Presserechts« linker Flugblätter) und Fotos zusammengelaufen. Auf Anregung Wieses hin soll Monika S. ihren Ausbildungsplatz bei der Postbank AG dazu genutzt haben, aus dem dortigen Datensystem Namen, Anschriften und Kontodaten von linken Personen und Institutionen abzuschreiben. Sie sollte zudem auch in linke Gruppen eingeschleust werden.

Im Rahmen der Anschlagplanungen der SG unterbreitete S. den Vorschlag, dass sie mit einem Sprengstoffgürtel um den Bauch einen Selbstmordanschlag auf dem Münchner Marienplatz verüben könne.

Monika S. wurde am 5. April 2005 vor dem Bayerischen OLG wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung verurteilt.

Ramona Sch. (geb. 1985), die selbst einmal eine dreistellige Summe aus einem Erbe gespendet haben soll, führte die Kasse der Kameradschaft und verwaltete die bei den »Stammtischen« eingehenden Spenden. Sie war mit weiteren Mitgliedern der SG an Versuchen beteiligt, in einem Waldstück in Polen aus alten Weltkriegsgranaten und -minen den Sprengstoff TNT zu gewinnen, entnahm aus Patronen Schwarzpulver für Experimente im Bombenbau und nahm auch an Schießübungen der SG mit alten Waffen teil. In einem auch von Sch. genutzten Keller lagerte die SG zwischenzeitlich eine Sporttasche mit einer Pistole, Sprengstoff, Schwarzpulver und einer Rohrbombenhülle.

Ramona Sch. wurde am 5. April 2005 vor dem Bayerischen OLG wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und wegen unerlaubtem Umgang mit explosiven Stoffen zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und zehn Monaten auf Bewährung verurteilt. Sie soll sich zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung bereits ein neues Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung eingehandelt haben, weil sie am 5. Februar 2005 mit anderen an der Münchner Freiheit an einer Schlägerei teilgenommen haben soll.

Martin Wiese wurde am 4. Mai 2005 wegen Rädelführerschaft in einer terroristischen Vereinigung zu 7 Jahren Haft verurteilt. Drei weitere männliche Angeklagte erhielten als Mitglieder der terroristischen Vereinigung ebenfalls mehrjährige Haftstrafen ohne Bewährung, wobei zum Teil weitere Straftaten berücksichtigt wurden. Zuvor hatte ein weiterer Angeklagter für die Mitgliedschaft eine Bewährungsstrafe nach Jugendstrafrecht erhalten.

Damit fielen die Strafen für die weiblichen Mitglieder der SG im Gesamtvergleich deutlich geringer aus als die der Männer.

Anmerkungen

- 1 Jentsch, Ulli (2010): Terroristische Einzeltäter-Vereinigungen. Der Neonazi-Terror der achtziger Jahre in der alten Bundesrepublik. In: Antifa Infoblatt 89/4.2010, 11.12.2010. Online unter <https://antifainfoblatt.de/artikel/terroristische-einzelt%C3%A4ter-vereinigungen> [16. 02. 2014].
- 2 Vgl. Neidhardt, Friedhelm (1982): Linker und rechter Terrorismus. Erscheinungsformen und Handlungspotentiale im Gruppenvergleich. In: von Baeyer-Katte, Wanda u.a. (Hrsg.): Gruppenprozesse. Analysen zum Terrorismus 3. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 433-476, hier S. 458.
- 3 Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass im Bereich des Rechtsextremismus selten Gruppen als terroristische Vereinigungen (gemäß §129a) eingestuft und verurteilt wurden. Oft wurden rechtsterroristische Taten (männliche

chen) Einzeltätern zugeschrieben, deren Umfeld(er) und organisatorische Bindungen in den polizeilichen Ermittlungen und Prozessen nicht oder nur unzureichend aufgeklärt wurden. Die tatsächliche Beteiligung von mehr Frauen als bekannt scheint daher wahrscheinlich zu sein.

- 4 Vgl. Neidhardt 1982, S. 449.
- 5 Ebd.
- 6 Vgl. Rabert, Bernhard (1995): Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute. Bonn: Bernard & Graefe, S. 281.
- 7 MacDonald, Eileen (1992): »Erschießt zuerst die Frauen«. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 216.
- 8 Vgl. Rabert 1995, S. 282.
- 9 Vgl. ebd., S. 284
- 10 Vgl. ebd., S. 277.
- 11 Vgl. ebd., S. 285.
- 12 Vgl. MacDonald 1992, S. 215.
- 13 Rabert 1995, S. 281.
- 14 Ebd., S. 284.
- 15 Strothmann, Dietrich (1982): Wie das Mädchen zur Bombe kam. 19.02.1982. Online unter www.zeit.de/1982/08/das-maedchen-das-zur-bombe-kam [16.02.2014].
- 16 MacDonald 1992, S. 216.
- 17 Vgl. www.apabiz.de/archiv/material/Profile/VSBD.htm [16.02.2014].
- 18 Anonym (1981): Terror von rechts. In: DER SPIEGEL 44/1981, S. 27-29. Online unter www.spiegel.de/spiegel/print/d-14340690.html [16.02.2014].
- 19 Vgl. Jentsch 2010.
- 20 Vgl. Hewicker, Christine (2001): Die Aussteigerin – Autobiografie einer ehemaligen Rechtsextremistin. Oldenburg: Acabus Verlag.
- 21 Am 26. September 1980 erfolgte ein Sprengstoffanschlag auf das Oktoberfest in München mit 13 Toten und mehr als 200 Verletzten. Unter den Toten war der Täter Gundolf Köhler, der in den 1970er Jahren an Übungen der WSG Hoffmann teilgenommen hatte. Er gilt trotz einiger anderslautender Hinweise als Einzeltäter. Am 19. Dezember 1980 ermordete Uwe Behrendt aus antisemitischen Motiven den Verleger und ehemaligen Vorsitzenden der israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg Shlomo Lewin und dessen Lebensgefährtin Frida Poeschke in deren Haus in Erlangen. Lewin hatte mehrfach vor der Gefährlichkeit der WSG Hoffmann gewarnt. Behrendt, der Mitglied der WSG Hoffmann war, beging am 16. September 1981 im Libanon Selbstmord. Am 24. Juni 1982 ermordete der Rechtsextreme Helmut Oxner bei einem rassistisch motivierten Amoklauf in Nürnberg drei Menschen, verletzte drei weitere schwer und tötete sich selbst. Auch er galt in der Presse als Einzeltäter aus dem Umfeld der Wehrsportgruppe Hoffmann, siehe Anonym (1982): Lebende Zeitbomben. In: DER SPIEGEL 27/1982, S. 32-35. Online unter www.spiegel.de/spiegel/print/d-14346863.html [16.02.2014].
- 22 Vgl. Siegler, Bernd (1989): Terroristische Einzeltäter-Vereinigung. In: konkret 03/1989, o.S.
- 23 Rabert 1995, S. 298.
- 24 Vgl. ebd.
- 25 Fromm, Rainer (1998): Die »Wehrsportgruppe Hoffmann«. Darstellung, Analyse und Einordnung. Frankfurt/Main: Peter Lang, S. 406-407.
- 26 Vgl. ebd., S. 405.
- 27 Kommando Nr. 2, März 1979, S. 9.
- 28 Ebd.
- 29 Ebd., S. 9-10.
- 30 In einer Gruppe von 58 Anhänger/-innen und Mitgliedern der ehemaligen WSG Hoffmann, gegen die nach dem Attentat auf das Münchner Oktoberfest am 26. September 1980 polizeilich ermittelt wird, befinden sich mit 8,6% diese fünf Frauen: Franziska B. (geb. 1946), **Gabriele H.** (geb. 1955), **Marina Christine K.** (geb. 1954), **Anneliese K.** (geb. 1947) und **Monika K.** (geb. 1956), vgl. Fromm 1998, S. 408-409.
- 31 Vgl. Rabert 1995, S. 300.
- 32 Hier und im Folgenden: Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Nürnberg-Fürth, Az: 340 Js 40387/81, 10.1.1983, S. 33-35, zitiert nach: Fromm 1998, S. 407f.
- 33 Vgl. ebd., S. 408
- 34 Vgl. ebd., S. 346.
- 35 Vgl. Sternsdorff, Hans-Wolfgang (1984): Chef, ich habe den Vorsitzenden erschossen. In: DER SPIEGEL 47/1984, S. 71-82. Online unter www.spiegel.de/spiegel/print/d-13512120.html [16.02.2014].
- 36 Siehe Most, Wolfgang (2006): Vereinigung der Einzeltäter: Wehrsportgruppe Hoffmann. 03.01.2006. Online unter: www.hagalil.com/archiv/2006/01/hoffmann.htm [16.02.2014].
- 37 Hier und im Folgenden siehe A.I.D.A.-Archiv (Hrsg., 2005): Sprengstoff in München. Martin Wiese, Kameradschaft Süd, NPD. München: Selbstverlag, S. 24-35. Online unter www.aida-archiv.de/index.php?option=com_remository&Itemid=198&func=fileinfo&id=8 [16.02.2014].

4. Fallgeschichte 1: Beate Zschäpe

Ulrich Overdieck

Wahrnehmungsdefizite im Umgang mit rechtsextremen Frauen am Beispiel von Beate Zschäpe

Die folgende unvollständige Zusammenstellung wirft Schlaglichter auf Stationen in der »Karriere« der mutmaßlichen Rechtsterroristin Beate Zschäpe und geht immer wieder auch der Frage nach, ob es ihr deswegen möglich gewesen sein könnte, unbemerkt an schwersten rassistischen Straftaten mitzuwirken, weil ihr dies als Frau nicht zugetraut wurde. Es geht also um die Frage, welche Konsequenzen Wahrnehmungsdefizite gegenüber rechten Frauen seitens der Polizei, des VS aber auch der Zivilgesellschaft, der Medien und seitens pädagogischer Fachkräfte haben können.

Zschäpes Jugend in Jena

In den 1990er Jahren verkehrt Beate Zschäpe als Jugendliche im Jenaer »Winzerclub«. Im Umfeld des Jugendclubs im Stadtteil Winzerla kommt sie in Kontakt mit der rechtsextremen Szene und lernt ihre späteren Komplizen Uwe Bönnhardt und Uwe Mundlos, sowie weitere Unterstützer/-innen des Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) kennen. Nach Angaben eines Sozialarbeiters antwortet die 17-jährige Zschäpe auf die Frage nach ihrem Berufswunsch: »Zuerst einmal müssen die Ausländer weg.«¹ Zschäpe gibt hier offenbar bereits einen Ausblick auf ihr Erwachsenenleben. Erste Warnzeichen sind also vorhanden, führen jedoch nicht zu wirksamen Konsequenzen.

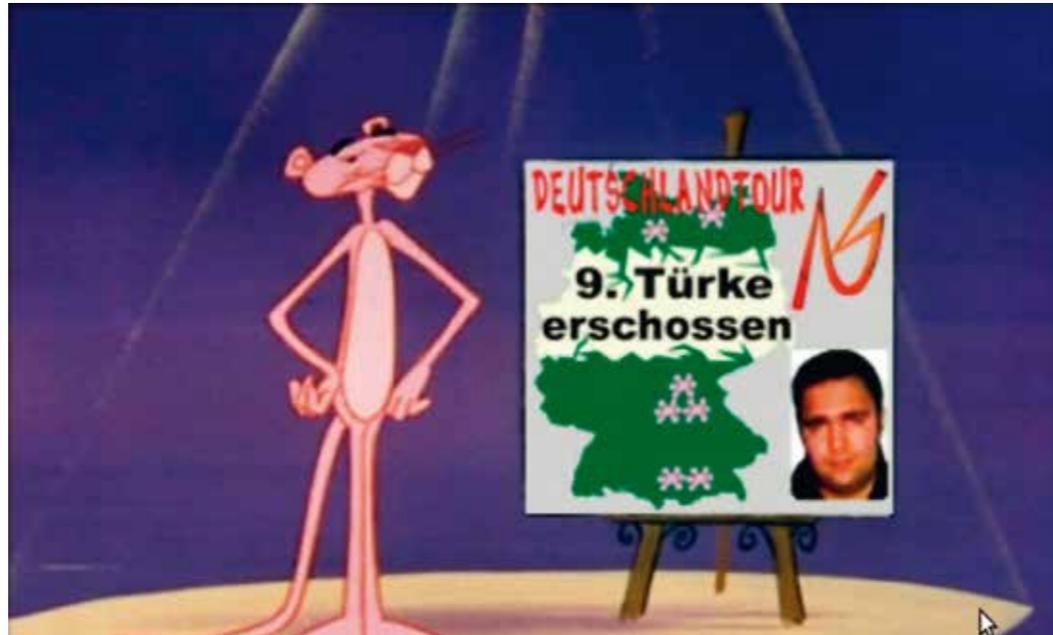
Zschäpes Radikalisierung in rechtsextremen Organisationen in Thüringen

Mit anderen Thüringer Neonazis bildet Beate Zschäpe die »Kameradschaft Jena«, sie beteiligt sich bis 1998 an bundesweiten Aufmärschen der Neonazi-Szene und an Aktionen der »Anti-Antifa Ostthüringen« und deren Nachfolgeorganisation »Thüringer Heimatschutz« (THS). Zschäpe wirkt ab 1993 zum Teil maßgeblich an Attacken auf linke Jugendliche mit, so soll sie einer Punkerin bei einem Angriff einen Arm gebrochen haben. Außerdem wird Zschäpe mehrfach von der Polizei mit Waffen, unter anderem mit einem Dolch, aufgegriffen. Frauen in der rechten Szene gelten in den Sicherheitsbehörden und den Medien – zu dieser Zeit vielleicht noch mehr als heute – zumeist nur als Anhängsel von rechtsextremen Männern und nicht als gleichberechtigt. Das mag eine Erklärung sein, warum Beate Zschäpe ohne Vorstrafe bleibt.

Zschäpes erste Flucht und der Weg hin zur Gründung des »Nationalsozialistischen Untergrunds«

Nachdem 1996 und 1997 in Jena mehrere Bombenattrappen und zündunfähige Sprengkörper gefunden worden waren, durchsucht die Polizei am 26. Januar 1998 die Wohnungen von Zschäpe, Mundlos und Bönnhardt. In einer von Zschäpe angemieteten Garage werden vier Rohrbomben mit etwa 1,4 Kilogramm TNT gefunden. Den größten Teil

dieses Sprengstoffs soll die Gruppe von einem Rechtsextremen erhalten haben mit dem Zschäpe zuvor liiert gewesen ist. Noch während der laufenden Durchsuchung kann das Trio flüchten, versteckt sich mithilfe von Kompliz/-innen aus der rechten Szene in Sachsen und gründet noch im Jahr 1998 den NSU. Der NSU verübt in der Folge von 2000-2006 eine rassistische Mordserie an neun Menschen mit Migrationshintergrund, ein Nagelbomben-Attentat in Köln im Jahr 2004 mit zahlreichen Verletzten und einen Mord an einer Polizistin im Jahr 2007. Zudem überfällt der NSU Banken, um das Leben im »Untergrund« zu finanzieren.



Das Bekennervideo des »Nationalsozialistischen Untergrunds« verhöhnt die Opfer der rassistischen Mordserie. Beate Zschäpe soll die DVDs verschickt haben. © ddp images

Zschäpes Tarnung und das Leben im »Untergrund«

Zschäpe sorgt – laut der späteren Anklageschrift gegen sie – in der Zeit im »Untergrund« von 1998 bis zum November 2011 als eines von drei gleichberechtigten Mitgliedern des NSU insbesondere für den Anschein von Normalität und Legalität gegenüber dem nachbarschaftlichen Umfeld und pflegt eine unauffällige Fassade, um Rückzugsort und Aktionszentrale der terroristischen Vereinigung zu tarnen. Zschäpe soll sich aber auch an der Beschaffung von Schusswaffen und Ausweispapieren beteiligen. Ferner sei sie für die Logistik und die Verwaltung der Gelder aus den Banküberfällen zuständig. Nachbar_innen der verschiedenen Versteckwohnungen werden sie später als gesellig und unauffällig beschreiben. Das Stereotyp von der »friedfertigen und unpolitischen« Frau wird von Zschäpe offenbar gezielt bedient und genutzt, um eine bestmögliche Tarnung zu erreichen.

Und diese Tarnung bewährt sich auch im Umgang mit der Polizei: Ende 2006 führt ein Wasserschaden in einer ungenutzten Wohnung direkt über dem damaligen Versteck des NSU-Trios zu polizeilichen Ermittlungen. Beate Zschäpe wird als Zeugin befragt. Sie verstrickt sich hierbei inhaltlich in Widersprüche, da sie einerseits behauptet, im Haus



Enver Şimşek, erfolgreicher Blumenhändler, hier mit seiner Familie, war das erste Opfer der rassistischen Morde des »Nationalsozialistischen Untergrunds«. Er wurde am 9. September 2000 in Nürnberg an seinem mobilen Blumenladen durch acht Schüsse ermordet. © Semiya Şimşek

nicht zu wohnen, die angebliche Wohnung eines Freundes jedoch andererseits als ihre Wohnung bezeichnet. Im Haus war sie zudem unter einem anderem Namen bekannt, als im von ihr vorgelegten Ausweis angegeben. Sie kann die Polizeidirektion dennoch unbehelligt verlassen. Eine Möglichkeit, den NSU aufzudecken, verstreicht. Es dürfte in der Vernehmungssituation auch eine Rolle gespielt haben, dass Beate Zschäpe als deutsche Frau (ohne Migrationshintergrund) wahrgenommen wird (siehe unten).

Zschäpes Helferinnen im »Untergrund«

Rechtsextreme Frauen, oft als Funktionärinnen in verschiedenen Organisationen der rechten Szene tätig, unterstützen den NSU nach dem Abtauchen mit Ausweisdokumenten, einer Bahncard und einer Krankenkassenkarte für Zschäpe. Diese kann so auf verschiedene Tarnidentitäten zurückgreifen. Die Helferinnen konstruieren damit einen wichtigen Rahmen. Plausible Legenden werden gestrickt, beispielsweise wird sehr wahrscheinlich auf das Kind einer Helferin »zurückgegriffen«, um sich gelegentlich als Pärchen mit Kind präsentieren zu können. Die Unterstützerinnen tragen entscheidend dazu bei, den NSU über Jahre hinweg erfolgreich dem Zugriff der Ermittlungsbehörden zu entziehen. Im Ergebnis ist es der rechten Terrorgruppe, ihrem Umfeld und ihren Unterstützerinnen und Unterstützern auch deswegen möglich, so lange unerkannt schwerste Straftaten zu begehen, weil die Rolle von Frauen in der rechtsextremen Szene seitens der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden unterschätzt wurde.² So verpasst die Polizei im Jahr 2007 die Chance, der mutmaßlichen NSU-Unterstützerin Mandy S.³ auf die Spur zu kommen, als sie im Raum Nürnberg eine Rasterfahndung durchführt. Obwohl sich die Ermittler_innen vom Verfassungsschutz Bayern zunächst alle Namen von Rechtsextremen in der Region geben lassen, präzisieren sie kurz darauf das gewählte Raster und schließen unter anderem alle Frauen – und damit auch Mandy S., die auf der Liste steht – von der weiteren Überprüfung aus (siehe unten).

Das Ende des NSU im »Untergrund« – Zschäpe geht an die Öffentlichkeit

Nach dem Tod von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt am 4. November 2011 im thüringischen Eisenach nach einem gescheiterten Banküberfall versucht Zschäpe, Spuren zu beseitigen, indem sie einen Brand im vom NSU genutzten Wohnungsversteck im sächsischen Zwickau legt. Von der mutmaßlichen NSU-Unterstützerin Susann E. soll sie anschließend frische Kleidung ohne Brand- und Benzinspuren erhalten haben. Außerdem informiert Zschäpe Helfer/-innen und Angehörige ihrer Komplizen über die neue Situation und verschickt die vorbereiteten Bekennervideos der Terrorzelle. Insgesamt kann sich Zschäpe noch etwa vier Tage lang ihrer Verhaftung entziehen und bewegt sich unkontrolliert im Bundesgebiet, bis sie sich schließlich im Beisein eines Anwalts selbst stellt.

Umgang von Medien und Justiz mit Zschäpes zweiter Flucht

Bis heute ist weder klar, auf welchem – offenbar konspirativem – Weg Zschäpe vom Tod ihrer zwei Mittäter erfährt, noch, was sie während ihrer anschließenden mehrtägigen Flucht alles tut. Theoretisch kann sie Kontakt mit Unterstützer/-innen und möglicherweise sogar weiteren bislang unbekannt gebliebenen Mittäter/-innen gesucht haben. Medial wurde und wird jedoch angesichts dieser unbeobachteten Zeitspanne kaum Besorgnis vermittelt. Auch das OLG München und der Präsident des Bundeskriminalamts legen sich bereits vor Prozessbeginn gegen Zschäpe und vier NSU-Unterstützer darauf fest, dass der NSU nach dem Tod von Mundlos und Böhnhardt und der Inhaftierung Zschäpes



In der Kölner Keupstraße verübte der »Nationalsozialistische Untergrund« am 09. Juni 2004 einen Bombenanschlag. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Deutsche Politiker_innen widmeten den Opfern des Anschlags keine unmittelbare Aufmerksamkeit. Der damalige Außenminister der Türkei, Ahmet Davutoğlu, besuchte am 4. Dezember 2011 die Familien der Opfer. © Stefan Bellini/CC BY-SA 2.0

nicht mehr existiere. Selbst wenn sich die von der Justiz getroffenen Vermutungen letztlich als zutreffend herausstellen sollten, wäre die Frage zu stellen, ob die angesprochene Aufklärungslücke bei einem rechtsextremen Mann nicht eine ernstere Besorgnis sowohl in den Reihen der Sicherheitsorgane als auch in den Medien auslösen würde. Immerhin gilt Zschäpe – laut Anklage der Bundesanwaltschaft – als ein »Kopf« einer rechtsterroristischen Gruppierung.

Medien präsentieren Zschäpes (vermeintliches) Liebesleben

Beate Zschäpe ist im November 2011 schlagartig zur bekanntesten Rechtsextremistin Deutschlands geworden. Die gesteigerte Aufmerksamkeit an ihrer Person führt jedoch nicht automatisch zu einer schärferen Wahrnehmung und sachkundigen Berichterstattung über die Bedeutung von Frauen in der rechtsextremen Szene. Einige auflagenstarke Medien reproduzieren in den ersten Wochen und Monaten nach der Selbstenttarnung »das übliche Klischee von der unpolitischen Frau«⁴, spekulieren zum Beispiel über das Liebesleben der mutmaßlichen Rechtsterroristin und charakterisieren sie unkundig und voreilig als Mitläuferin. So wird berichtet, dass Zschäpe eine »Dreierbeziehung« mit Mundlos und Böhnhardt geführt habe und sie politisch kaum engagiert gewesen sei. Die Mühe, die Vergangenheit Zschäpes in der organisierten rechtsextremen Szene Thüringens zu recherchieren, machen sich zunächst nur wenige Journalist_innen.

Anklage gegen Beate Zschäpe als gleichberechtigte Beteiligte am NSU

Während Beate Zschäpe in Haft ist, formuliert die Generalbundesanwaltschaft (GBA) die schwerstmögliche Anklage gegen sie. Das OLG München lässt diese in vollem Umfang zu. Die Anklageschrift sieht Zschäpe als eines von drei gleichberechtigten Mitgliedern des NSU. Ihr wird vor allem auch die Mittäterschaft bei den 10 Morden der Terrorgruppe vorgeworfen. Juristisch muss hierfür nicht bewiesen werden, dass Zschäpe selbst geschossen hat oder an den Tatorten anwesend war. Wenn sie die Taten gewollt hat und deshalb zu diesen beigetragen hat, kann sie als Mittäterin – und damit wie eine Mörderin – verurteilt werden. Zudem wird Zschäpe die Brandstiftung am Wohnhaus in Zwickau vorgeworfen, bei der sie den möglichen Tod mehrerer Menschen in Kauf genommen haben soll. Für Unterstützungsleistungen beziehungsweise Beihilfe zum Mord müssen sich auch André E., Ralf Wohlleben, Carsten. S und Holger G. vor Gericht verantworten. Frauen, die als Unterstützerinnen tätig waren, werden im Jahr 2013 noch nicht angeklagt.

Medien kommentieren Zschäpes Erscheinen vor Gericht

Da zu Prozessbeginn am 6. Mai 2013 im Münchner NSU-Prozess zunächst nur Formalitäten behandelt werden, widmet sich die Presse schwerpunktmäßig Äußerlichkeiten wie Kleidung, Frisur, Mimik und Gestik von Beate Zschäpe. Über die Kleidung der männlichen Angeklagten wird weniger berichtet. Die bereits seit dem Auffliegen des NSU vorhandene Erwartungshaltung in den Medien, derzufolge eine aussagende Zschäpe Reue und Empathie mit den Opfern zeigen möge, wird besonders oft artikuliert. Als Grund hierfür scheinen nur geschlechtsspezifische Rollenerwartungen in Frage zu kommen, denn auch die als zentrale und langjährige Unterstützer angeklagten Ralf Wohlleben und André E. könnten mit ihrem Wissen bislang unbekanntere Abläufe erhellen. Den beiden Männern wird jedoch offenbar eine festere rechtsextreme Überzeugung unterstellt



»Der Teufel hat sich schick gemacht« - Die BILD kommentiert das Auftreten von Beate Zschäpe vor Gericht.
© BILD

als Zschäpe - oder zumindest ein geringeres Mitleidsempfinden beziehungsweise die geringere soziale Kompetenz. Tatsächlich sagen im weiteren Lauf des Prozesses die zwei männlichen Angeklagten Carsten S. und Holger G. aus und gestehen gegenüber den Hinterbliebenen der Opfer ihre Schuld ein.

Medien erklären Zschäpe als entlastet

In der Berichterstattung über den NSU-Prozess ist nach dem Prozesstag am 11. Juni 2013 in nicht wenigen Medien zu vernehmen, dass Beate Zschäpe zumindest teilweise entlastet worden sei. Der Mitangeklagte im NSU-Prozess Carsten S. hatte erstmalig und überraschend über ein Gespräch mit Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt ausgesagt. In diesem Gespräch hätten beide ihm gegenüber Andeutungen über einen Sprengstoffanschlag in Nürnberg gemacht. Als Beate Zschäpe zur Gesprächsrunde hinzugekommen sei, hätten Carsten S. zufolge Mundlos und Böhnhardt »Psst« gesagt und damit das Gespräch unterbrochen. Nach Interpretationen in der Presse bedeute dies, dass Zschäpe insgesamt von wenig wissen durfte und auch von wenig wusste. Tatsächlich gibt die Gesprächsunterbrechung juristisch keinen Anlass, von einer Entlastung von Zschäpe auszugehen, da nicht klar ist, weshalb sie erfolgte und es ohnehin nur um mögliche neue Vorwürfe ging. Eine Entlastung kann sich aus einer Aussage über bislang gar nicht vorgeworfene Taten kaum ergeben. Nicht unwahrscheinlich ist zudem, dass Mundlos und Böhnhardt von Zschäpe nicht bei unbedachten und unvernünftigen Äußerungen gegenüber dem ihnen wenig bekannten jungen Unterstützer Carsten S. »ertappt« werden wollten und daher das

Gespräch unterbrochen. Man stelle sich vor, Beate Zschäpe sei ein Mann - würde in dem Fall auch Unwissenheit unterstellt werden oder käme ein männlich gedachter Vertrauter von Mundlos und Böhnhardt nicht sogar in den Verdacht, Anführer der Gruppe zu sein, dessen Kontrolle geachtet werden muss?

Rasterfahndung ohne Frauen Mutmaßliche Unterstützerin des NSU entgeht der Polizei, weil sie eine Frau ist

Wahrnehmungsdefizite im Umgang mit rechten Frauen sind gefährlich. Forschung und praktische Erfahrung belegen, dass Phänomene rechter Strukturen nicht ausreichend erfasst werden können, wenn eine geschlechtsspezifische Betrachtung fehlt. Wenn die Rolle von Frauen in rechtsextremen Szenen seitens der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden unterschätzt wird, besteht die Gefahr, deren tatsächlichen Beitrag zu verkennen und somit im schlimmsten Fall ihr Handeln zu begünstigen. Der Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags⁵ dokumentiert eine Ermittlungsmaßnahme der Polizei, die augenscheinlich wegen solcher Wahrnehmungsdefizite im Umgang mit rechten Frauen scheiterte.

Im Jahr 2007 geht die Polizei kurzzeitig der These nach, dass für die Mordserie an Kleingewerbetreibenden mit türkischem und griechischem Migrationshintergrund eine rassistische Motivation in Betracht kommt. Auf Grundlage eines Gutachtens geht man zudem davon aus, dass der oder die Täter wegen der Konzentration der Tatorte im südöstlichen Raum Nürnbergs einen besonderen Bezug (sogenannter »Ankerpunkt«) zu dieser Gegend hätten. Die Polizei will daher eine Rasterfahndung in der rechten Szene im Raum Nürnberg durchführen und fordert vom Landesamt für den Verfassungsschutz Bayern (VS Bayern) eine Liste mit allen Namen von Rechtsextremen in der Region an. Dabei soll sich diese Auskunft zunächst explizit nicht auf ein bestimmtes Alter oder »das Geschlecht männlich«⁶ beschränken. Nach dem Abgleich der 682 Personen fassenden Liste des VS Bayern mit den Daten des Einwohnermeldeamtes Nürnberg schließen die polizeilichen Ermittler_innen jedoch sogleich »alle Männer, die jünger als 18 und älter als 35 Jahren waren, sowie alle Frauen«⁷ von der weiteren Überprüfung aus. Offenbar sollte in den Augen der Ermittler_innen überflüssige Arbeit eingespart werden, um effizient vorgehen zu können. Die Einschätzung, die rechtsextremen Frauen für nicht überprüfenswert zu halten, dürfte hierbei auf Grundlage geschlechtsspezifischer Stereotype - etwa dem von der unpolitischen beziehungsweise »friedfertigen Frau« - getroffen worden sein. Die Abklärungen auf Grundlage der gekürzten Liste verlaufen schließlich ergebnislos.

Mit Mandy S.⁸, einer ehemaligen Aktivistin der im Jahr 2011 verbotenen rechtsextremen Hilfgemeinschaft für nationale politische Gefangene (HNG), ist jedoch genau eine Person auf der ursprünglichen Liste von 682 Personen verzeichnet, bei der die Ermittlungen nach dem 4. November 2011 - dem Tag des Auffliegens des NSU - einen Kontakt zu dem Trio feststellen werden.⁹ Mandy S. gilt als Helferin der erste Stunde nach dem Abtauchen von Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos und vermittelte den drei Gesuchten Wohnungen in Chemnitz. Später wohnte sie in Nürnberg. Die immerhin mögliche Chance, der mutmaßlichen NSU-Unterstützerin Mandy S. und damit dem NSU auf die Spur zu kommen, wurde 2007 also verpasst, weil von der Polizei nicht in Richtung rechter Frauen

ermittelt wurde.¹⁰ Vier Jahre später fliegt der NSU nach einem missglückten Banküberfall zufällig – also ohne Zutun von Polizei und VS – auf.

Dass Sicherheitsbehörden den tatsächlichen Beitrag rechtsextremer Frauen im organisierten Rechtsextremismus verkennen und so im schlimmsten Fall begünstigen, muss zukünftig erschwert werden. In Aus- und Fortbildungen von Polizei, Justiz und Geheimdiensten sollte eine geschlechterreflektierende Perspektive auf die Wahrnehmung und Analyse von Rechtsextremismus vermittelt werden. Die Schulung von Polizeibeamt_innen zu Verläufen von gewaltförmigen Situationen sollte sie dazu befähigen, die Tatbeteiligung von Frauen wahrzunehmen und zu dokumentieren. Auch das Monitoring von rechtsextremen Straf- und Gewalttaten und von Strukturen der extremen Rechten sollte geschlechtsspezifisch erfolgen. Diese einfach und schnell umsetzbaren Maßnahmen wären ein erster wirksamer Schritt, um das Thema Rechtsextremismus und Gender als Handlungsfeld bei den Sicherheitsbehörden zu verankern.

**»Ich heiße Susann E., man kennt mich auch als Lisa D.«
(Beate Zschäpe, 2006)**

**Wie man als Rechtsterroristin im »Untergrund«
eine polizeiliche Vernehmung übersteht**

In den Jahren 2006/2007 kommt es bei Ermittlungen der Polizeidirektion Südwestsachsen zu erheblichen Fehlleistungen unter anderem auch wegen der Wahrnehmungsdefizite im Umgang mit (rechten) Frauen. Im Ergebnis übersteht die zu der Zeit in Zwickau im »Untergrund« lebende Beate Zschäpe eine polizeiliche Zeuginnenvernehmung ohne Verdacht zu erregen, obwohl sie sich zuvor und während dieser in erhebliche Widersprüche verstrickt.

Was war passiert?

Nach einem Wasserschaden in der Polenzstraße 2 in Zwickau am 7. Dezember 2006 beginnen die maßgeblich von Kriminalhauptmeister (KHM) R. geführten polizeilichen Ermittlungen der Polizeidirektion Südwestsachsen. Der Wasserschaden wurde in einer ungenutzten Wohnung direkt über der Versteckwohnung von Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt von unbekannt gebliebenen Täter/-innen absichtlich herbeigeführt und es wurden auch Gegenstände entwendet.

Bei der Beseitigung des Wasserschadens in der betroffenen Wohnung hatte die im Haus unter ihrem Decknamen »Lisa D.« bekannte Beate Zschäpe noch tatkräftig geholfen, danach war sie jedoch für die Polizei zunächst nicht mehr zu erreichen. Als am nächsten Tag der mögliche Schaden in Zschäpes Wohnung begutachtet werden sollte, wurde den Beamten nicht geöffnet. Die Zeugin »Lisa D.« erschien nicht zur polizeilichen Vorladung und war weder über öffentliche Verzeichnisse, polizeiliche Systeme oder das Einwohnermeldeamt ermittelbar – wohl aber ein Matthias D. mit gleichem Nachnamen.¹¹ Das veranlasste den Kriminalhauptmeister R. persönlich an der Wohnung zu klingeln, denn schließlich hatte ein anderer Tatzeuge ausgesagt, dass »Lisa D.« ihm und einer weiteren Person Beobachtungen über den Tatzeitpunkt geschildert habe. »Lisa D.« habe demzu-

folge Geräusche in der Wohnung gehört. Sie wird so für die Polizei zu einer wichtigen Zeugin.

Der Polizeibeamte trifft in der Wohnung tatsächlich Beate Zschäpe an, die ihm erklärt, dass ihr Spitzname »Lise« sei und sie daher oft fälschlicherweise von Nachbar_innen für »Lisa D.«, Ehefrau des Matthias D., gehalten werde, obwohl es eine solche Frau nicht gebe. In Wirklichkeit heiße sie jedoch Susann E. und wohne gar nicht in der Wohnung ihres Freundes Matthias D. Sie halte sich dort nur häufig auf, da dieser als LKW-Fahrer oft unterwegs sei. Weitere Auskünfte will Zschäpe zunächst nicht geben, erscheint aber am 11. Januar 2007 nun als die vermeintliche Susann E. mit ihrem Ehemann André E. zur Vernehmung auf der Dienststelle der Polizei.¹² In der Vernehmung leugnet die mit dem Personalausweis von Susann E. ausgestattete Beate Zschäpe nun, Beobachtungen zu Geräuschen gemacht zu haben. Sie sei am Vormittag gar nicht in der Wohnung gewesen – das direkte Gegenteil hatte ein anderer Zeuge ausgesagt.

Außerdem entstehen weitere Widersprüche: wie André E. bezeichnet Zschäpe die Wohnung stellenweise als ihre Wohnung (die Badmöbel als ihre Möbel), obwohl diese doch angeblich von Matthias D. bewohnt werde. Schaden sei in ihrer Wohnung keiner entstanden. Den Widersprüchen wird von der Polizei nicht nachgegangen. Die untersuchte Tat kann nicht aufgeklärt werden und eine Chance, dem NSU auf die Spur zu kommen, wurde verpasst.

Was hat das mit Wahrnehmungsdefiziten im Umgang mit rechten Frauen zu tun?

Das nicht angemessene Vertrauen der Polizei gegenüber den Angaben von »Lisa D.«/ Susann E./ Beate Zschäpe dürfte zum guten Teil auf Grundlage geschlechtsspezifischer Stereotype – etwa dem von der unpolitischen beziehungsweise »friedfertigen Frau« – entstanden sein.

Sicherlich kann man hiergegen einwenden, dass die Polizei nur wegen vergleichsweise geringfügiger Delikte ermittelte und Beate Zschäpe als Zeugin des Wasserschadens, nicht als Verdächtige, galt. Dennoch bleibt richtig, dass sich Zschäpe im direkten Kontakt mit geschulten Polizeibeamten objektiv sehr verdächtig verhalten hat und diesen das offenkundig nicht (groß) aufgefallen ist.

Es dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass Beate Zschäpe als Deutsche (ohne Mi-



Nach dem Mord an Halit Yozgat demonstrieren im April 2006 rund 2.000 Menschen aus verschiedenen Migrantengemeinschaften in Deutschland. Sie skandalisieren, dass es der neunte Mord ist, der von Neonazis in verschiedenen Städten verübt wurde. Wer nicht zuhört und wegsieht sind der Verfassungsschutz, die Polizei aber auch die Zivilgesellschaft. Erst nach der Selbstenttarnung der rechtsextremen Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« in 2011 wird der Rassismus thematisiert, der in staatlichen Stellen zu diesem Versagen beitrug.
Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung/www.bpb.de

grationshintergrund) wahrgenommen wird. Man stelle sich vor, statt auf Beate Zschäpe wäre ein polizeilicher Ermittler in einer vergleichbaren Situation auf einen jungen Mann gestoßen, von dem er angenommen hätte, dass er einen sogenannten Migrationshintergrund hat. Hätte diese Person sich gegenüber der Polizei auch in so großem Umfang in Widersprüche über seine Identität und seine Wohnverhältnisse verwickeln dürfen, ohne das Vertrauen in seine Ehrlichkeit zu verspielen?

Anmerkungen

- 1 Zitiert nach: Frenzel, Veronica (2011): Ahnungen, Warnungen. In: Potsdamer Neuste Nachrichten, 26. 11. 2011, S. 3. Online unter: <http://www.pnn.de/dritte-seite/599645/> [30. 09. 2013].
- 2 Der Frauenanteil im Umfeld und Unterstützungsnetzwerk des NSU, dem nach Angaben der Ermittlungsbehörden weit über einhundert Personen zugerechnet werden können, beträgt nach Recherchen des apabiz etwa 20%.
- 3 Vgl. Sanders, Eike (2012): Frauen und Männer im Untergrund. Geschlechterverhältnisse im NSU und in seinem Umfeld. In: monitor. rundbrief des apabiz e.v. 55/2012, S. 1-3. Online unter www.apabiz.de/publikation/monitor/Monitor_Nr55.pdf [13. 03. 2014].
- 4 Vgl. Offener Brief des Forschungsnetzwerks Frauen und Rechtsextremismus zur Berichterstattung über die Rechtsextremistin Beate Zschäpe vom 15. 11. 2011: »Und warum ist das Interessanteste an einer militanten Rechtsextremistin ihr Liebesleben?« Online unter www.frauen-und-rechtsextremismus.de/cms/images/medienarbeit/offener-brief-2011-11-15.pdf [17. 02. 2014].
- 5 Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestags vom 22. 08. 2013. Online unter: http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/ua/2untersuchungsausschuss/Vorl__ufer_Bericht/Vorl__ufiger_Bericht.pdf [01. 10. 2013].
- 6 Ebd. S. 586.
- 7 Ebd. S. 587.
- 8 Vgl. Sanders 2012.
- 9 Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses 2013, S. 587.
- 10 Möglicherweise hätte auch die Tatsache, dass Mandy S. in einem Vorort und nicht im Zentrum von Nürnberg wohnte, ohnehin zu einem Ausschluss ihrer Person von weiteren Ermittlungsmaßnahmen geführt. Dies ändert aber nichts an der Feststellung, dass die Ermittler_innen eine fehlerhafte Haltung gegenüber der Rolle von Frauen in der rechten Szene an den Tag legten und diese einen Ermittlungserfolg verhinderte.
- 11 Matthias D. steht im Verdacht, Unterstützer des NSU gewesen zu sein und unter anderem bei der Anmietung der Versteckwohnung in der Zwickauer Polenzstraße geholfen zu haben.
- 12 Auch das Ehepaar André und Susann E. steht im Verdacht, Unterstützer/-innen des NSU gewesen zu sein. André E. muss sich hierfür zurzeit gemeinsam mit Beate Zschäpe im Münchner NSU-Prozess vor Gericht verantworten.

5. Fallgeschichte 2: Der Fall Nadja Drygalla. Der Umgang mit Rechtsextremismus in Sportvereinen

Naemi Eifler, Heike Radvan

Bei den Olympischen Spielen 2012 wird öffentlich, dass die deutsche Ruderin Nadja Drygalla in einer Beziehung mit einem Mann lebt, der der rechtsextremen Szene in Mecklenburg-Vorpommern angehört. Im Folgenden geht es um die Frage, wie das Phänomen Rechtsextremismus seitens des Sportvereins wahrgenommen und wie reagiert wurde. Und es wird diskutiert, was Sportvereine oder -verbände im Umgang mit rechtsextremen Mitgliedern tun können und welche Unterstützung sie hierfür brauchen. In einem zweiten Teil geht es dann um die Art und Weise, wie in den Medien über den Fall berichtet wird.

Was war geschehen?

Nadja Drygalla und Michael Fischer lernen sich 2006 beim Olympischen Ruderclub Rostock (ORC) kennen. Beide trainieren hier und werden 2007 ein Paar.¹ Fischer ist Aktivist der Kameradschaftsszene und Wortführer der gewalttätigen Gruppe »Soziale Nationalisten Rostock«. Er schreibt für rechtsextreme Internetseiten; 2011 kandidiert er für die NPD bei der Landtagswahl. Fischer steht unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. In den Jahren 2006 und 2010 erhält der Vereinsvorstand des ORC Hinweise darauf, dass Fischer der rechtsextremen Szene angehöre. In beiden Fällen wird er zum Gespräch gebeten. Während er 2006 abstreitet, zur rechtsextremen Szene zu gehören, gibt er dies 2010 zu und tritt aus dem Verein aus, da er sich mit der Vorladung zum Gespräch ungerecht behandelt fühle.² Nadja Drygalla beginnt im September 2008 eine Ausbildung als Polizistin in Güstrow und wird in die Sportfördergruppe der Landespolizei aufgenommen. Im Jahr 2011 erhält das Innenministerium des Landes Informationen über ihre Beziehung zu Michael Fischer. Es werden nun Gespräche geführt und Schritte eingeleitet, die auch im Zusammenhang mit dem Ehrenkodex der Sportverbände in Mecklenburg-Vorpommern stehen, demzufolge offensiv vertretene rechte Gesinnung im Verein nicht zu dulden ist. Im Nachgang der Personalgespräche, die mit Drygalla geführt werden, stellt sie einen Antrag auf Entlassung und bricht ihre Ausbildung ab. Zudem scheidet sie aus der Sportfördergruppe der Landespolizei aus. Wenig später vermittelt ihr Hanns Sennewald, ORC-Vizepräsident, eine Stelle als Sportkoordinatorin beim Ruderverband des Landes.³ Während Nadja Drygalla bei den Olympischen Spielen im Sommer 2012 teilnimmt – sie wird durch Michael Fischer begleitet – werden diese Zusammenhänge öffentlich. Sie verlässt daraufhin die Spiele. Drei Monate später wird sie als Sportsoldatin in die Bundeswehr aufgenommen.⁴ Michael Fischer gibt im August 2012 seinen Ausstieg aus der rechtsextremen Szene bekannt.⁵

Reaktionen des Vereins

Im Folgenden geht es um die Frage, wie der Verein mit Nadja Drygalla, Michael Fischer und dessen rechtsextremen Aktivitäten umgegangen ist. Zunächst lässt sich fragen, in-

wiefern das Phänomen im Verein wahrgenommen wurde und ob es hierüber eine Auseinandersetzung unter Vereinsmitgliedern gab. Es liegen bislang keine Informationen dazu vor, ob der Vereinsvorstand nach den Gesprächen mit Fischer 2006 und 2010 sowie nach dem Ausscheiden Drygallas aus dem Polizeidienst 2011 vereinsinterne Debatten beginnt. In der öffentlichen Debatte zu den Olympischen Spielen behauptet der Ruderverein zunächst, erst zu diesem Zeitpunkt »Erkenntnisse zum privaten Umfeld« von Nadja Drygalla erhalten zu haben.⁶ »Nadja ist bei uns nie durch rechtsradikales Gedankengut aufgefallen«, sagt Walter Arnold, Vorsitzender des ORC Rostock dem Magazin Focus. Diesem Statement widersprechen jedoch die Aussagen einiger Athlet_innen im Verein. So wird die Ruderin Carina Bär mit den Worten zitiert, Drygallas rechtsextreme Einstellungen seien ein »offenes Geheimnis« gewesen.⁷ Es scheint durchaus bei einigen Vereinsmitgliedern eine Wahrnehmung des Problems gegeben zu haben. Offen bleibt, ob die rechtsextremen Auffassungen seitens der Verantwortlichen gehört und ernst genommen wurden. In diesem Zusammenhang ist interessant, dass Michael Fischer, nachdem er 2006 abstreitet Neonazi zu sein, weitere vier Jahre im Verein trainiert. Erst 2010, nach Hinweisen aus dem Innenministerium, wird Fischer noch einmal zum Gespräch gebeten. In der Zusammenschau der Fakten lässt sich vermuten, dass der Vereinsvorstand das rechtsextreme Engagement Fischers kaum kritisch begleitet oder hinterfragt hat. Erst zu einem Zeitpunkt, als aus Sicht des Vereins eine Rufschädigung zu befürchten war, wird – so legen die Fakten es nahe – die Auseinandersetzung gesucht.

Walter Arnold sagt im Interview mit dem Focus, er finde es »erbärmlich, dass ein junges Mädchen in Sippenhaft genommen wird«. Auch Hans Sennewald, Vorsitzender des Rudervereins, findet »die Art und Weise, wie sie in Sippenhaft genommen wird«, nicht korrekt.⁸ Es lässt sich fragen, warum das Bild des »jungen Mädchens« hier aufgerufen wird? Angesichts der Person – Nadja Drygalla ist 24 Jahre alt und erfahrene Sportlerin – ist es kaum zutreffend. Vielmehr liegt nahe, dass damit ein bestimmtes Motiv verbunden ist. Das Bild vom »jungen Mädchen« steht im Alltagsverständnis für »Unschuld«, insofern kann es darum gehen, Drygalla als nicht verantwortlich zu zeichnen. Verstärkt wird diese Aussage durch das Wort »Sippenhaft«, welches im Nationalsozialismus (NS) für die Bestrafung eines Menschen für die Straftat eines Verwandten oder Ehepartners stand. Es wurde als willkürliche Terrormaßnahme gegen politische Gegner_innen eingesetzt, in der Regel bedeutete es die Einweisung in ein Konzentrationslager.⁹ Wie so häufig bei historischen Vergleichen, besteht hier das Problem, dass das historische Geschehen relativiert und verharmlost wird. Was Arnold und Sennewald mit dem Verweis auf »Sippenhaft« nahelegen, scheint klar: Es soll deutlich werden, dass Nadja Drygalla unschuldig sei und zu Unrecht in die Verantwortung genommen werde. Abgelenkt wird damit von der Frage nach persönlicher Verantwortung: Ist die Liebesbeziehung zu einem aktiven Kader der extremen Rechten Privatsache oder handelt es sich hier um eine zu verantwortende Entscheidung?

Auch für die Verantwortlichen im Landessportbund und im Ruderverein ORC scheint Unsicherheit darüber zu bestehen, ob es sich bei der Frage nach der Nähe zu rechtsextremen Meinungen und Szenen um einen Tatbestand handelt, den einen Verein zu interessieren habe. So lehnt der Vorsitzende des Rudervereins Sennewald eine Aufforderung zum Gespräch mit Drygalla mit der Begründung ab: »Die Schnüffeleien im Privatleben haben wir in der DDR ja oft genug erlebt.«¹⁰ Im September 2012 veröffentlicht *Die Welt*



Die Liebesbeziehung als Privatsache? Auf einer rechtsextremen Demo in Wismar lautet der Appell »Die Revolution beginnt im Bett«. Es wird dazu aufgerufen, die »Volksgemeinschaft« zu erhalten, den/die Partner/-in innerhalb der Szene zu suchen und Familien zu gründen, die der Neonazi-Ideologie entsprechen.

© Recherche Nord

die Stasi-Tätigkeiten Sennewalds, der zwischen 1984 und 1989 andere Sportler_innen bespitzelte. Unabhängig davon, ob und wenn ja was Sennewald hieraus für die Gegenwart schließt, lässt sich fragen, ob die Beziehung zu einem rechtsextremen Kader Privatsache sei. Hat ein Sportverein nicht vielmehr eine gesellschaftliche Verantwortung zu erfüllen und sicherzustellen, dass eine demokratische Alltagskultur das Vereinsleben prägt?

Widersprüchlich bleibt, ob der Deutsche Ruderverband und der Landessportbund vor den Olympischen Spielen von der Beziehung Drygalla – Fischer wussten. Einzelne Aussagen deuten dies jedenfalls an. Die Verbindung zwischen Drygalla und Fischer scheint in den führenden Gremien bekannt gewesen zu sein und wurde durchaus thematisiert. Offen bleibt, ob es inhaltliche Auseinandersetzungen gegeben hat beziehungsweise wie sie stattgefunden haben. Sehr deutlich jedoch sprechen sich – ähnlich wie Herr Sennewald – nahezu alle beteiligten Vereinstätigen gegen »Inspektionen des privaten Umfeldes« von Athlet_innen aus.¹¹

Bereits vor Olympia hatte der Ruderverband eine Aufnahme Drygallas in die Sportförderung der Bundeswehr beantragt. Der Antrag wird aufgrund der öffentlichen Debatte zurückgezogen, allerdings bereits Mitte August, inmitten des Medienrummels, wiederholt gestellt.¹² Die Frage nach der Förderwürdigkeit und Einstellung in die Bundeswehr scheint beantwortet: Nadja Drygalla trage keine Verantwortung. Auch in der Rückschau bleibt diese Frage schwierig zu beantworten. Es gibt einen juristischen Hinweis, mit dem sich dezidiert argumentieren lässt: So wird im Verlauf der Debatte bekannt, dass Fischer ein Privatfahrzeug nutzte, das auf Drygalla angemeldet war und ihr gehörte.

Mehrmals wurde Fischer von der Polizei mit dem Auto gestoppt, in den Akten werden mögliche rechtsextreme Aktivitäten vermerkt. Was sich hier zeigt, ist eine stillschweigende Beteiligung und eine Form der Unterstützung, die oft nicht gesehen wird: Frauen unterstützen durch die häusliche Versorgung und psychische Stärkung die rechtsextremen Aktivitäten ihrer Partner. Forschungen über die Beteiligung von Frauen im NS zeigen dies. In den meisten Fällen teilen rechte Frauen die politischen Einstellungen ihrer Männer, die Aussage der Ruderkollegin deutet dies an.¹³

Sportvereine – was können sie tun für ein demokratisches Miteinander?

Auch wenn einige Fragen ungeklärt bleiben, scheint deutlich, dass es eine mangelnde Wahrnehmung von rechtsextremen Auffassungen und Mitgliedschaften im ORC gab sowie eine geringe Konfliktfähigkeit im Umgang hiermit. Dies ist insbesondere deshalb bedenklich, da Rechtsextreme seit einigen Jahren gezielt und strategisch versuchen, Anschluss an Personen in der »Mitte der Gesellschaft« zu finden, die sich bislang nicht als rechtsextrem verstanden haben. Im Sinne einer »Normalisierungsstrategie« geht es in einem ersten Schritt darum, nicht negativ als Neonazis aufzufallen, sondern Vertrauen aufzubauen und auf dieser Basis in einem zweiten Schritt die Ideologie einzubringen und zu überzeugen. Diese Art von »Unterwanderung« betrifft nicht nur, aber eben auch Sportvereine. Als vermeintlich unpolitische Orte werden sie von Rechtsextremen genutzt, um ihre Ideologie zu verbreiten und gegebenenfalls Sympathisant_innen zu gewinnen. Dabei können bestimmte Werte, die im Sport vermittelt und gelebt werden, wie Leistungsorientierung oder Gemeinschaft Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Ideologie sein.

Sportvereine sollten sich bewusst dafür entscheiden, inklusive Orte zu sein, die Vielfalt und Respekt betonen und vermitteln. Sie haben eine gesellschaftliche Aufgabe, zu der die Etablierung demokratischer Standards und das Ausschließen von Diskriminierungspraxen gehören. Wie jedoch kann ein Sportverein eine demokratische Alltagskultur etablieren und sie auch über den Verein hinaus – in die Kommune hinein – unterstützen? Im Folgenden sollen einige Punkte aufgezählt werden, detaillierte Empfehlungen und Beispiele aus der Praxis sind beim Verein camino online zu finden:

www.vereint-gegen-rechtsextremismus.de.

Sensibilisierung

Es ist wichtig, dass sich die Verantwortlichen im Verein und alle Mitglieder darüber auseinandersetzen, was sie unter Rechtsextremismus verstehen, wie sie ihn wahrnehmen, welche Meinungen und welches Handeln dazugehören. Rechte Meinungen beginnen nicht im Außen, sie werden oft von vielen geteilt. Hierüber bedarf es einer Verständigung und Auseinandersetzung. Zudem ist es hilfreich, über die Erscheinungsformen der Neonazis, ihre Positionen und ihre Strategien informiert zu sein und sich über einen Umgang damit im Verein zu verständigen.

Solch ein Prozess kann unterstützt werden durch die **Entwicklung eines demokratischen Leitbildes**. Alle Vereinsmitglieder verständigen sich in einem dialogischen Prozess darauf, wie sie miteinander umgehen wollen. Es geht darum, eine Kultur des Respekts, der gegenseitigen Anerkennung und Achtung der Menschenwürde zu etablieren. Und es geht darum, Diskriminierung, Ausgrenzung, Mobbing und Gewalt entgegenzutreten. Mit einem demokratischen Leitbild tragen Sportvereine zu einer geschützteren



Vereine müssen gegen Rechtsextremismus Position beziehen und für Vielfalt eintreten. Das internationale Kultur- und Wohnprojekt veranstaltete 2013 in Greifswald ein antirassistisches Fußballturnier gemeinsam mit jungen Menschen, Erwachsenen und Geflüchteten. © Internationale Kultur- und Wohnprojekt (IKuWo e.V.)

Atmosphäre für alle bei. Zum Selbstverständnis eines Vereins sollte es dementsprechend gehören, dass alle Mitglieder, insbesondere aber die Funktionsträger_innen verantwortlich sind, die Auseinandersetzung zu suchen beziehungsweise anzustoßen, wenn rassistische, rechtsextreme Positionen auftreten. Das Beispiel des ORC Rostock zeigt, dass es nicht ausreicht, mit einer vermutlich rechtsextremen Person ein Gespräch hinter verschlossenen Türen zu führen. Stattdessen sollte es Ziel sein, das Klima im Verein so zu gestalten, dass rechtsextreme Haltungen auffallen, zur Diskussion stehen und widersprochen werden. Dazu gehört auch, dass Personen, die sich von rechten Meinungen bedroht oder unwohl fühlen, verlässliche Ansprechpartner_innen im Verein haben und sich der Solidarität seiner Mitglieder und ihrem generellen Schutz sicher sein können.

Der Fall Drygalla zeigt auch, dass es sinnvoll ist, dass Funktionsträger_innen Zeit und Raum gegeben wird, sich inhaltlich mit Rechtsextremismus auseinanderzusetzen und Strategien der Intervention zu entwickeln. Schlussendlich muss ein Verein sich nicht schämen, wenn rechtsextreme Einstellungen auftreten – wichtig ist es, einen aktiven Umgang damit zu entwickeln und präventiv die Kommunikationskultur und das Miteinander im Verein zu thematisieren. Es ist möglich, stolz zu sein, als gesellschaftlich offener Ort Minderheiten zu schützen und die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Haltungen oder Personen zu führen. Diese Aufgabe ist eine langfristige und dauerhafte Aufgabe, die das ureigenste Interesse von Sportvereinen betrifft, denn Rechtsextreme zerstören jeden Anspruch auf Fairness und machen Sportvereine im Zweifelsfall für viele Menschen unzugänglich. Es ist Aufgabe von Vereinen, für Vielfalt einzustehen und die Verschiedenheit von Menschen im Vereinsleben erlebbar zu machen. Um dies zu ermög-

lichen, können Vereine sich durchaus darauf verständigen, nicht nur Alteingesessene als potentielle Mitglieder anzusprechen, sondern auch migrantische Bürger_innen oder spezifische Angebote für Angehörige von Minderheiten zu machen.

Weitere hilfreiche Seiten zum Thema:

<http://hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D165707150.pdf>
www.vereint-gegen-rechtsextremismus.de/VGR/DE/Home/startseite_node.html
www.amballbleiben.org/media/news/2007/pdf/impulse_juli_2007.pdf
www.sport-mit-courage.de

Die Darstellung in den Medien. Handlungsempfehlungen

Im Folgenden geht es uns darum zu diskutieren, wie Journalist_innen mit dem »Fall Drygalla« umgehen. Wie wurde darüber berichtet und was lässt sich erkennen über eine Wahrnehmung des Phänomens Rechtsextremismus, auch aus einer Gender-Perspektive? Zunächst stellt sich die Frage, wann sich Journalist_innen dem Thema Rechtsextremismus zuwenden. So werden die Beziehung Drygalla – Fischer und die damit verbundenen Austritte Drygallas aus dem Polizeidienst und der Sportfördergruppe bereits im März 2011 öffentlich bekannt, bleiben jedoch medial unbeachtet. Anders im August 2012: Während ihrer Teilnahme an den Olympischen Spielen wird Drygallas Beziehung zu Fischer medial aufgegriffen. Neben der Information und Aufklärung steht für einige Medien die Skandalisierung im Vordergrund. So veröffentlicht die *Welt am Sonntag* ein Foto einer Neonazi-Demonstration mit der Frage: »Ist Nadja Drygalla die blonde Frau mit dem weißen Pullover rechts?«¹⁴ Später stellt sich heraus, dass es sich nicht um Drygalla handelt. Auch die *Süddeutsche Zeitung* veröffentlicht ein Foto, auf dem Drygalla in rechtsextrem zuzuordnender Kleidung zu sehen sei,¹⁵ was jedoch ebenfalls dementiert werden muss. In dieser ersten Phase der Berichterstattung erhalten Skandalisierung und mangelnde Recherche Vorrang vor einer sachlichen und kontinuierlichen Thematisierung. Mit dem Eingeständnis der Recherchefehler kommt es zu einer Wendung in der Mediendarstellung. In der Folge wird Drygalla vor allem als Opfer dargestellt.

Stereotype Bilder, die zur Entlastung führen

Sehr drastisch lässt sich dies anhand des rechtspopulistischen Magazins *COMPACT* zeigen, das sich mit Drygalla solidarisiert. Der Chefredakteur Jürgen Elsässer bringt dabei unmissverständlich zum Ausdruck, dass selten »die Meinungsdictatur, die Verkommenheit der Intellektuellen und der schlichte Wahnsinn in diesem Land so ekelhaft zum Ausdruck gekommen [sei] wie in der Hetzjagd auf die deutsche Ruderin Nadja Drygalla.« Es folgen nationalsozialistisch geprägte Begriffe wie »Sprache des Vierten Reiches«, »Hetzjagd«, »Gesindel«, »Facebook-Gestapo«, »Sippenhaft«, »Antifa-Schreier« und »neue Faschisten«. Dabei – so wird herausgestellt – setze Drygalla eben nicht ihr Ego an die erste Stelle, sondern nimmt die Liebe ernst.¹⁶

Ähnlich argumentiert das Magazin der *stern* in seiner Titelgeschichte »Der Preis der Liebe«. Eine Fotocollage zeigt Drygalla vor dem Bootshaus des ORC mit der Aussage, dass »die Stimmung im Olympia-Dorf« toll gewesen sei. Der Autor ist um Verständnis mit der Ruderin bemüht, er macht deutlich, wie emotional Drygalla während des Interviews gewesen sei, dass sie mehrmals geweint habe und sie »dieses Problem lieber los [wäre]«:



Die Titelgeschichte des Magazins *stern* im August 2012: Die Ruderin Nadja Drygalla verlässt aufgrund ihrer Liebesbeziehung mit einem Neonazi-Kader das Olympiateam in London. Im Artikel steht ihre Perspektive im Vordergrund, sie wird als Opfer einer zu Unrecht geführten Kampagne dargestellt.

© stern/G+J Dokumentation

»Nadja Drygalla ringt nach Worten, hebt immer wieder neu an, versucht einen Satz, dann bricht ihr die Stimme weg. Im Verlauf der Gespräche weint sie oft (...).« Gezeichnet wird das Bild einer »jungen Frau«, die Opfer einer Intrige wird und diese passiv erträgt. Im

Vordergrund steht die Vorstellung von der großen Liebe zwischen Mann und Frau, wobei der Frau der Part zukomme, der Liebe hoffnungslos verfallen zu sein. Gerade Frauen – anders als Männer – seien völlig abhängig von »großen Gefühlen«. Liebe wird hier als etwas Schicksalhaftes beschrieben, das nichts mit Wahl und einer Entscheidung zu tun habe. Zudem wird Nadja Drygalla als Frau gezeichnet, die alles für die große Liebe opfert. Sie nimmt die Berichterstattung als »Hetzjagd« wahr, die sie völlig überrascht habe. Der *stern* argumentiert in dieselbe Richtung, wenn er Drygallas »Entbehrungen« hervorhebt, den vorzeitigen Abschied von den Olympischen Spielen und den Abbruch der Beamtenlaufbahn. In dieser Darstellung wird Drygalla jeglicher Handlungsspielraum abgesprochen. Sie wird als unpolitische, junge und sensible Frau dargestellt, für die nur die Liebe zählt. Auf diese Weise wird sie zum Opfer stilisiert; letztlich ähnelt dieser Duktus dann der Darstellung in rechten Medien.

Leerstellen

Nur wenige Artikel thematisieren, ob eine Beziehung mit einem rechtsextremen Kader für die Öffentlichkeit relevant ist. Nur selten wird herausgestellt, dass es hier nicht um irgendeine Beziehung geht, sondern um eine gefestigte, mehrjährige Partnerschaft zu einem Menschen, der sich als Neonazi engagierte; einem, der die menschenverachtende Ideologie nicht nur denkt, sondern der handelte, sie verbreitete, zu Gewalt aufrief und Kopf der gewalttätigen Gruppe der »Autonomen Nationalisten« war. Unausgesprochen bleibt, dass eine Liebesbeziehung durchaus eine zu verantwortende Wahl ist und kein unentrinnbares Schicksal. Nadja Drygalla hatte vielfach die Wahl. Sie betont: »Es ist meine Entscheidung, zu ihm zu stehen. Trotz allem, was passiert ist.«¹⁷ Drygalla steht nicht nur zu Fischer, sie bricht für diesen auch ihre Polizeikarriere ab, verzichtet auf Sportförderung, verlässt Olympia und steht öffentlich zu ihm. Alle Schritte geht sie ohne Zwang, es sind selbstgewählte Entscheidungen. Und es ist letztlich ihre Entscheidung, zu Fischer zu stehen und somit keine Haltung zu zeigen gegen menschenfeindliches Gedankengut. Rechtsextreme Kontakte sind niemals harmlos.



Rechtsextreme Kontakte sind niemals harmlos – wer sich dafür entscheidet, toleriert menschenfeindliche Ideologie. © Recherche Nord

Zu hinterfragen bleibt, warum in der deutschen Berichterstattung diese Fragen nach der Verantwortung kaum gestellt werden und vielmehr eine Perspektive dominiert, mit der die Selbstdarstellung von Nadja Drygalla in den Vordergrund tritt. Interessant ist auch, dass politische Positionen als Privatangelegenheit klassifiziert werden. So geht es um »Gesinnungsschnüffelei«, die nicht betrieben werden dürfe.¹⁸ Der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière spricht sich klar dagegen aus, »den Freundeskreis von Sportlerinnen und Sportlern zu screenen, zu gucken, was da los ist«. Die Vizepräsidentin des Deutschen Olympischen Sportbundes ist ebenso gegen »Inspektionen des privaten Umfeldes« und warnt außerdem vor »Agenten-Methoden«¹⁹, während die Vereinsvorsitzenden Hans Sennewald und Walter Arnold sich gegen »Sippenhaft« wehren.

Festzuhalten ist:

1. Nationalsozialistisches Gedankengut ist keine schlichte Meinungsverschiedenheit, die »mal eben« diskutiert wird und dann beiseite gestellt. Es handelt sich um Einstellungen, die Menschengruppen als minderwertig konstruieren, diskriminieren, unterdrücken, bedrohen und durchaus ermorden.
2. Es ist eine persönliche Entscheidung, mit einem Nazi liiert zu sein und für diesen einzustehen. Dies beinhaltet auch, die menschenverachtende Einstellung mindestens zu tolerieren. Partner_innen machen sich zu Komplizen und unterstützen die extrem rechten Strukturen.
3. Der geschichtsrelativierende Vorwurf der »Sippenhaft« ist wenig hilfreich ebenso wie die Debatte um »Gesinnungsschnüffelei«. Es geht hier um »eine freiwillige und gezielte Auswahl eines Lebenspartners, der bis zuletzt eine demokratiefeindliche Gesinnung an den Tag legte.«²⁰

Empfehlungen für die mediale Berichterstattung

Wichtig ist – nicht nur, aber eben auch – beim Thema Rechtsextremismus eine kontinuierliche, sachlich und qualitativ gut recherchierte Berichterstattung. Skandalisierungen und Moralisierungen behindern oft eine kritische Debattenkultur, in der es um eine tatsächliche Auseinandersetzung geht. Im Kontext der Thematisierung der Geschichte des NS gilt: Geschichtsrelativierende Vergleiche helfen wenig, sie verzerren vielmehr die Wahrnehmung. Auch auf Emotionalisierungen sollte so weit wie möglich verzichtet werden. Emotionale Berichterstattung geht häufig damit einher, dass die Ideologie in den Hintergrund tritt und schlussendlich auf diese Weise verharmlost wird. Das menschenverachtende Weltbild der Neonazis gerät zu stark aus dem Blick. Grundsätzlich sollten sich auch Medien bemühen, geschlechtsstereotype Bilder zu vermeiden. Die Frau an sich gilt vielen nach wie vor als emotionale Wesen – im Gegensatz zum rational handelnden Mann. Eine Fokussierung hierauf, insbesondere bei einer Berichterstattung, in der Rechtsextremismus Thema ist, führt dazu, dass ideologische und politische Hintergründe von Frauen nicht thematisiert werden und damit der nach wie vor gängigen verkürzten Wahrnehmung von Rechtsextremismus als männliches Phänomen weiter Vorschub geleistet wird.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Hauser, Uli u.a.(2012): Nadja Drygalla. In: stern 34/2012, S. 30-39, hier S. 38.
- 2 Vgl. ebd.
- 3 Vgl. Ruta, Christina (2012): Der Fall Drygalla – Politik trifft Sport. 06. 08. 2012. Online unter www.dw.de/der-fall-drygalla-politik-trifft-sport/a-16147622 [08. 03. 2014].
- 4 Vgl. Anonym (2012): Ruderin Drygalla wird Sportsoldatin. 18. 10. 2012. Online unter www.zeit.de/sport/2012-10/drygalla-bundeswehr-rudern [08. 03. 2014].
- 5 Vgl. Lütticke, Florian: Interview mit Drygallas Freund: »Nicht hundertprozentig als Nazi gesehen«. 06. 08. 2012. Online unter www.stern.de/sport/olympia-2012/interview-mit-drygalla-freund-nicht-hundertprozentig-als-nazi-gesehen-1873156.html [08. 03. 2014]. Fischers Ausstieg wird in den Medien infrage gestellt, siehe z.B. Gensing, Patrick/Steiner, Felix M. (2012): Warum Fischers Ausstieg bislang keiner ist. 09. 08. 2012. Online unter www.ndr.de/regional/dossiers/der_norden_schaut_hin/fischer411.html [08. 03. 2014].
- 6 Zitiert nach Weinreich, Jens (2012): Abreise von Nadja Drygalla: Sport und Doppelmoral. 03. 08. 2012. Online unter: www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/nadja-drygalla-von-der-doppelmoral-im-sport-a-848100.html [08. 03. 2014].
- 7 Zitiert nach Anonym (2012): »Sippenhaft«: Heimatverein von Drygalla klagt an. 04. 08. 2012. Online unter: www.focus.de/sport/olympia-2012/rudern-sippenhaft-heimatverein-von-drygalla-klagt-an-aid_793365.html [08. 03. 2014].
- 8 Zitiert nach Anonym (2012). Am Boden zerstört – Landes-Ruderpräsident spricht von Sippenhaft. 04. 08. 2012. Online unter: www.sportal.de/drygalla-am-boden-zerstoert-landes-ruderpraesident-spricht-von-sippenhaft-1-2012080423133500000 [08. 03. 2014].
- 9 Siehe hierzu u.a. Salzig, Johannes (2010): »Sippenhaft« als Repressionsmaßnahme des nationalsozialistischen Regimes im Umfeld des 20. Juli 1944. In: Becker, Manuel/Studt, Christoph: Der Umgang des Dritten Reiches mit den Feinden des Regimes. XXII. Königswinterer Tagung (Februar 2009). Berlin: LIT, S. 165-184.
- 10 Zitiert nach Hauser 2012, S. 38.
- 11 Zitiert nach Wangerin, Claudia (2012): Gesinnungs-TÜV im Sport. In: junge Welt, 08. 08. 2012, S. 1.
- 12 Vgl. Anonym 2012: Ruderin Drygalla wird Sportsoldatin.
- 13 Anders wäre kaum erklärbar, dass sie sich ineinander verlieben. Auch wenn im Alltagsverständnis davon ausgegangen wird, dass die romantische Liebe schicksalhaft sei (»wo die Liebe hinfällt«), weiß man aus sozialwissenschaftlichen Forschungen, dass Liebesbeziehungen Strukturen der Gleichartigkeit folgen: Menschen suchen sich potentielle Partner_innen nach einer größtmöglichen Ähnlichkeit hinsichtlich des Bildungsabschlusses, der ethnischen Herkunft, des Alters und der Einstellungsmuster aus. Es ist eine Entscheidung, ob sich eine Person in jemand verliebt, der/die sich z.B. rassistisch äußert. Und es ist eine Frage der Haltung: Fällt eine rassistische Äußerung im Sinne eines »No go« auf, das zur Auseinandersetzung führt oder ist es weniger relevant und/oder fällt gar nicht auf, da gleiche Meinungen geteilt werden?
- 14 Siehe Bildunterschrift in: Bierschwale Jens /Hungermann, Jens (2012): Ruderin Drygalla selbst in rechte Szene verstrickt. 05. 08. 2012. Online unter: www.welt.de/sport/olympia/article_10848066/Ruderin-Drygalla-selbst-in-rechte-Szene-verstrickt.html [08. 03. 2014].
- 15 Vgl. Eberts, Carsten (2012): Vorwürfe bereits seit 2011. 03. 08. 2012. Online unter www.sueddeutsche.de/sport/ruderin-drygalla-nazi-verdacht-erschuettert-deutsches-olympia-team-1.1430738-2 [08. 03. 2014].
- 16 Elsässer, Jürgen (2012): Solidarität mit Nadja Drygalla. 04. 08. 2012. Online unter: <http://juergenelsaesser.wordpress.com/2012/08/04/solidaritat-mit-nadja-drygalla/>
- 17 Zitiert nach Anonym (2012): Drygalla spricht von »Hetzjagd« gegen sie. 15. 08. 2012. Online unter: www.tagesspiegel.de/sport/olympia-ruderin-drygalla-spricht-von-hetzjagd-gegen-sie/7002798.html [13. 03. 2014]
- 18 Siehe Anonym (2012): Schwerin warnt vor »Gesinnungsschnüffelei«. 07. 08. 2012. Online unter: www.faz.net/aktuell/politik/inland/der-fall-drygalla-schwerin-warnt-vor-gesinnungsschnueffelei-11847204.html [08. 03. 2014] sowie Vestring, Bettina (2012): Schluss mit der Gesinnungsschnüffelei. 07. 08. 2012. Online unter www.fr-online.de/meinung/drygalla-afaere-schluss-mit-der-gesinnungsschnueffelei-1472602,16825094.html [08. 03. 2014].
- 19 Zitiert nach Anonym (2012): De Maizière sieht im Fall Drygalla Grenze überschritten. 06. 08. 2012. Online unter www.welt.de/politik/deutschland/article108494082/De-Maiziere-sieht-im-fall-drygalla-grenze-ueberschritten.html [08. 03. 2014].
- 20 Kraske, Marion (2012): Nadja Drygalla: Die Mär vom Opfer. 17. 08. 2012. Online unter www.netz-gegen-nazis.de/artikel/nadja-drygalla-die-maer-vom-opfer-7900 [08. 03. 2014].

6. Defizite im Umgang mit Aussteigerinnen aus der rechtsextremen Szene

Heike Radvan

»Wenn ich damals gewusst hätte, was auf meine Kinder zukommt, ich wäre nicht ausgestiegen«, sagt eine Mutter, die mit mehreren Kindern aus der rechtsextremen Szene ausgestiegen ist. Wenn Frauen mit Kindern aus der rechtsextremen Szene aussteigen und der (Ehe)Mann und/oder Vater der Kinder in der Szene verbleibt, kommt es häufig in verschiedenen Bereichen zu Schwierigkeiten. Anschaulich und nachvollziehbar lässt sich dies an konkreten Biografien von Aussteigerinnen verdeutlichen. Im Folgenden können wir dies leider nur abstrakt und anonym beschreiben, da auch Frauen, die sich von der Neonazi-Szene abwenden, häufig bedroht und verfolgt werden. Die ehemaligen Kameraden und Kameradinnen setzen auf Rache und versuchen zudem, die Kinder in die Szene zurückzuholen.

Seit 2000 gibt es in Deutschland staatliche und nichtstaatliche Programme, die sich mit Unterstützungsangeboten an Personen wenden, die aus der rechtsextremen Szene aussteigen wollen. Bislang sind diese Programme geschlechtsunspezifisch konzipiert und umgesetzt. Betrachtet und analysiert man verschiedene Ausstiegsprozesse von Frauen, so wird deutlich, dass es unter anderem diese geschlechtsunspezifischen Konzepte sind, die spezifische Bedarfe von Aussteigerinnen in unterschiedlichen Bereichen nicht be-



In der Neonazi-Szene wird darauf geachtet, dass sich Paare innerhalb der Gruppierungen finden. Bei einem Ausstieg aus der Szene stehen Frauen vor besonderen Problemen – vor allem wenn sie mit Kindern aussteigen und der Vater in der Szene verbleibt.

© Recherche Nord

rücksichtigen. Das betrifft sowohl die Angebote auf Seiten der Aussteigerprogramme selbst als auch Bereiche verschiedener Professionen, die im Verlauf eines Ausstiegs mit der Familie in Kontakt kommen beziehungsweise arbeiten. Um die Bedarfe nachvollziehbar beschreiben zu können, werden wir zunächst Probleme oder Anforderungen benennen, die im Verlauf von Ausstiegen von Frauen ohne und mit Kindern auftreten (können):

- In der Praxis scheinen Ausstiegsberatende – oft aus staatlichen Einrichtungen – die Gefahren, die sich im Zuge eines Ausstiegs für die betroffene Mutter und deren Kinder ergeben können, nur ungenau einschätzen zu können. So berichtet eine Frau, die mittlerweile »erfolgreich« mit Exit Deutschland ausgestiegen ist, darüber, dass sie zunächst davon Abstand genommen hatte, aussteigen zu wollen, da die betreuenden Beamt_innen in einem Landesprogramm aus ihrer Sicht die damit einhergehenden Gefahren unterschätzten und zum Beispiel einen Identitätswechsel als nicht notwendig erachteten. Neben der Gefahr, dass die aussteigende erwachsene Frau von Kadern der Neonazi-Szene bedroht und verfolgt wird, besteht hier die zusätzliche Herausforderung, einen sicheren Neuanfang für die Kinder zu organisieren.
- Im Verlauf eines Ausstiegs mit Kindern ist es notwendig, dass Fachkräfte, die zum Beispiel im Jugend- oder Sozialamt mit der Familie arbeiten, die Gefahrensituation angemessen einschätzen können und entsprechend reagieren. So ist es nötig, dass Angaben über die aussteigenden Personen, wie unter anderem der neue Wohnort, neue Identitäten und Kontakte vertraulich behandelt werden. Werden diese ohne angemessene Überprüfung herausgegeben, kann dies zur Gefährdung der Sicherheit der Frau und ihrer Kinder führen und in der Folge einen weiteren Identitäts- und Wohnortswechsel notwendig machen.
- Frauen, die mehrere Jahre in der Neonazi-Szene gelebt haben, sind – jenseits ihrer eigenen möglichen Gewalttätigkeit und ihrer Involvierung in rechtsextreme Aktivitäten und Ideologie – häufig betroffen von häuslicher und sexualisierter Gewalt. Diese traumatischen Erfahrungen mit möglichen Langzeitfolgen sollten im Verlauf eines Ausstiegs bearbeitet werden. Bisher gibt es hierzu weder konzeptionelle Überlegungen noch professionelle Angebote.
- Auch ist davon auszugehen, dass Kinder, die in rechtsextremen Gruppierungen oder deren Umfeld über längere Zeit gelebt haben, Erfahrungen von Gewalt, Ausgrenzung und allgemein autoritären Erziehungsstilen gemacht haben. Das Großwerden in diesen Umfeldern geht häufig damit einher, dass Kinder in Parallelwelten aufwachsen und in Freund-Feind-Schemata sozialisiert werden. Bisher liegen hierzu unseres Wissens nach keine psychosozialen Beratungsangebote vor.
- Kommt es im Verlauf eines Ausstiegs zur Trennung und Scheidung der Eltern, so wird u.U. das Umgangsrecht für diejenige Person verhandelt, die in der rechtsextremen Szene verbleibt, in allen bislang vorliegenden Fällen war dies der Vater. Bisher gibt es verschiedene juristische Umgangsweisen mit solch einer Situation. So liegen Urteile vor, die dem Vater einen Umgang mit den Kindern zusprechen. Ein derartiges Urteil reflektiert weder, dass der Vater sowohl in der rechtsextremen Szene aktiv und gewalttätig war oder ist und hierfür rechtskräftig verurteilt wurde, noch den Umstand, dass der Vater auch innerhalb der Familie Gewalt gegenüber der Mutter und den Kindern ausübte. Solche Urteile sind aus verschiedenen Perspektiven eine Herausforderung aber auch Zumutung für Mutter und Kinder. Nicht zuletzt sind sie aus ethischer

und menschenrechtlicher Perspektive infrage zu stellen. Die reale und für die Mutter unter Umständen tödliche Gefahr, die ein Umgang des Vaters mit seinen Kindern mit sich bringen kann, wird negiert. Mittlerweile liegt hierzu ein richtungsweisendes Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vor, das ethisch argumentiert und den Schutz von Mutter und Kind in den Vordergrund stellt und dem Vater das Umgangsrecht abspricht. Hierzu bedarf es einer fachlichen Auseinandersetzung.

Mit diesen zusammenfassenden Beschreibungen lassen sich Handlungs- und Fortbildungsbedarfe für verschiedene Professionen formulieren:

1. Entwicklung von bedarfsgerechten Angeboten für Aussteigerinnen und deren Kinder
2. Fortbildungen für Fachkräfte der Sozialen Arbeit, Angestellte in Verwaltungen sowie für Jurist_innen

1. Entwicklung von bedarfsgerechten Angeboten für Aussteigerinnen und deren Kinder

Fallgeschichten verschiedener Ausstiege zeigen, dass Frauen, die mit ihren Kindern aus der rechtsextremen Szene aussteigen, besondere Belastungen erleben. Wenn es bereits vor dem Ausstieg zu psychischen und physischen Einschüchterungsversuchen durch den in der Szene verbleibenden Partner kommt, ist die Belastung für Frauen mit Kindern höher. Generell ist es für professionelle Berater_innen und begleitende Fachkräfte notwendig, dezidiert einzuschätzen, in welcher Gefahrenlage sich die aussteigenden Personen befinden. Auf Grundlage dessen sind Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel über die Notwendigkeit eines Orts- und Identitätswechsels. Längerfristig ist gegebenen-



In den Zeltlagern der inzwischen verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« wurden Kinder im Sinne nationalsozialistischer Ideologie erzogen. Steigen Mütter mit ihren Kindern aus der Neonazi-Szene aus, bedarf es spezieller psychosozialer Begleitung für Kinder und Mütter.

falls ein Identitätswechsel abzusichern und der Aufenthaltsort der Familie vor unsachgemäßer Weitergabe zu schützen: Es muss verhindert werden, dass die neue Adresse an rechtsextreme Personen herausgegeben wird. Die sozialpädagogische Betreuung der aussteigenden Personen sollte mehrere Aspekte beinhalten:

- eine Unterstützung beim ideologischen Ausstieg. Ein weitgehend geschlossenes und oft über einen langen Zeitraum aufgebautes Weltbild muss infrage gestellt werden und eine Auseinandersetzung so erfolgen, dass – als längerfristiges Ziel gedacht – menschenrechtliche Orientierungen im Sinne von Haltungen vertreten und gelebt werden. Die Abwendung von und der nachhaltige Kontaktabbruch mit bisherigen Freund/-innen in der rechten Szene ist hierbei ein allererster Schritt. Die selbstreflexive Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortlichkeit für das Handeln in der rechten Szene (auch gegenüber den eigenen Kindern) ist zu unterstützen, wichtig ist ein Perspektivwechsel und eine von Empathie mit den Opfern und Betroffenen rechter Gewalt geleitete Auseinandersetzung.
- Es ist wichtig, dass aussteigende Personen eigene Erfahrungen von Ausgrenzung und Gewalt in der rechten Szene thematisieren und einen Umgang damit finden. Frauen, die von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffen waren, sollten unterstützende psychotherapeutische oder beratende Angebote erhalten.
- Konzeptionell sollte ein Programm Angebote für Kinder mitdenken, es geht hier um fallbezogene, stärkende Angebote, die psychologische Begleitung ebenso beinhalten wie eine altersgerechte Auseinandersetzung mit den erlernten Ideologien der Ungleichwertigkeit.

2. Fortbildungen für Fachkräfte der Sozialen Arbeit, Angestellte in Verwaltungen sowie für Jurist_innen

Viele Akteur_innen von staatlichen Institutionen sind mit dieser Thematik wenig vertraut und demzufolge auch überfordert. Wir sehen Fortbildungsbedarf über die besondere Gefahrenlage und die Brutalität der Neonazi-Szene im Hinblick auf Aussteigerinnen. Insbesondere bedarf es einer Auseinandersetzung mit Fragen des Datenschutzes bei deren Begleitung. Das betrifft Angestellte in Verwaltungen, bei Ämtern wie dem Jugend-, Sozial- und Arbeitsamt. Zudem bedarf es der Fortbildung für Sozialpädagog_innen und Jurist_innen zum Spannungsverhältnis Umgangs- oder Sorgerecht versus Kindeswohlgefährdung. Die Punkte werden im Folgenden kurz beschrieben.

Sensibilisierung der Wahrnehmung und ausstiegsorientierte Beratung

Ganz allgemein ist es notwendig, Personen, die in Verwaltungen wie dem Arbeits- und Jugendamt arbeiten, im Sinne einer ausstiegsorientierten Beratung zu schulen. So kann man davon ausgehen, dass Fachkräfte in Verwaltungen immer mal wieder mit Familien zu tun haben, die sich in oder im Umfeld der rechtsextremen Szene befinden. Es ist wichtig, dass Fachkräfte diese Situationen als solche erkennen und in der Lage sind, angemessen zu reagieren. Das heißt zunächst, dass sie versuchen herauszufinden, mit welchen Personen sie es zu tun haben: Während man davon ausgehen kann, dass Kinder und Aktivist_innen momentan nicht in Richtung Ausstieg ansprechbar sind, kann dies bei sogenannten Mitläufer_innen durchaus der Fall sein. In solch einem Falle geht es im Gespräch darum, dies zu eruieren und gegebenenfalls Informationen über eine



Ein kinderfreundliches Umfeld? Aussteigerinnen berichten, dass ihre Kinder in der rechtsextremen Szene Ausgrenzungs- oder Gewalterfahrungen erlebten und dass dies einer der ersten Gründe war, über einen Ausstieg nachzudenken – Ein wichtiger Aspekt für eine ausstiegsorientierende Beratung.

mögliche Ausstiegsberatung zu vermitteln. Um solcherart Gespräch führen zu können, ist es neben einer kompetenten Gesprächsführung hilfreich, die Themen zu kennen, die mit möglichen Ausstiegsgedanken einhergehen können. So wissen wir aus biografischen Berichten, dass Mütter häufig darüber ansprechbar sind, dass ihre Kinder in der rechten Szene Ausgrenzungs- und/oder Gewalterfahrungen machen.² Es ist sinnvoll, in diesen Bereichen nachzufragen und die jeweilige Mutter dahingehend zu unterstützen, in Richtung Sicherheit und Wohlbefinden ihrer Kinder und damit an einen Ausstieg zu denken.

Sensibilisierung für die spezifische Situation von Aussteigerinnen

Zur Sensibilisierung für die spezifische Situation von Aussteigerinnen ist es notwendig, über die zu erwartenden Reaktionen der Neonazi-Szene zu informieren. Ist der verbleibende Elternteil noch in der Szene aktiv, ist es unumgänglich, die potentielle Bedrohungssituation und damit verbundene Gefahrenlage zu analysieren: Es ist sicherzustellen, dass eine Aufdeckung der neuen Identität verhindert wird. Fachkräfte sollten Kenntnis haben über die Aufenthaltsermittlungsstrategien von Neonazis. Diese gehen z.T. weit hinaus über einfache Internetrecherchen und schließen Ermittlungen und Observationen in Ämtern ebenso ein wie das Erstellen von (Vermissten-)Anzeigen.³ Im Falle einer Trennung und Scheidung der Eltern ist es unabdingbar, dass sowohl das Sorgerecht als auch ein Umgangsrecht der Person, die in der Szene verbleibt – zumeist der Vater –, genau überprüft und gegebenenfalls verwehrt wird.

Fachdebatte zu juristischen und sozialpädagogischen Fragen des Umgangsrechts

- Hinsichtlich der Fragen des Umgangsrechts nach dem Ausstieg einer Mutter mit ihren Kindern aus der rechtsextremen Szene und der Trennung oder Scheidung vom in der Szene verbleibenden (Ehe-)Mann ist es notwendig, eine juristische, aber auch sozialarbeiterische Fachdebatte zu beginnen. Neben den Richter_innen, die über das Umgangsrecht urteilen, betrifft diese Praxis auch Pädagog_innen und Psycholog_innen, die gutachterisch tätig sind, den Umgang begleiten und Kontakt mit allen Familienmitgliedern haben. So ist in diesen Fällen zu fragen, inwiefern die bedrohte persönliche Sicherheit der aussteigenden Mutter Auswirkungen auf das Kindeswohl hat. Eine erste Antwort gibt das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 23. Januar 2013. Hier klagt eine Aussteigerin gegen das Umgangsrecht, das dem geschiedenen Ehemann vom Oberlandesgericht zugesprochen wurde. Der Vater der Kinder ist in diesem Falle weiterhin in der rechtsextremen Szene aktiv, er war hier und auch im familiären Umfeld gewalttätig und hatte mehrmals versucht, die neue Identität der Familie herauszufinden und Mutter und Kinder bedroht. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes argumentiert ethisch und erkennt die Gefahrenlage der Familie an. Es wird festgestellt, dass die Gefährdung der Mutter mit einer mittelbaren Gefährdung der Kinder einhergeht. Das Gericht erkennt eine strukturelle und dauerhafte Gefährdungssituation der aussteigenden Mutter an.
- In Angeboten der Aus- und Weiterbildung für juristische und pädagogische Fachkräfte sollte die Situation von aussteigenden Frauen und deren Kindern vermittelt werden. Die reale Gefahrenlage und die damit verbundenen existentiellen Ängste der Betroffenen sollten vor Überlegungen, die das Recht einer biologischen Elternschaft voran stellen, Priorität erhalten. Es sollte Wissen vermittelt werden, mit dem eine fundierte Einschätzung der Gefährdungssituation der Familie für die Professionellen möglich wird.
- Darüber hinaus und ganz grundsätzlich ist es notwendig, eine Fachdebatte zu beginnen über die Frage der »Kindeswohlgefährdung aufgrund einer angestrebten Erziehung im Geiste des Nationalsozialismus unter dem Deckmantel der Vaterliebe und der Vaterrechte«⁴. Es geht hier um Fragen der Erziehung innerhalb von Familien, deren Eltern sich rechtsextrem engagieren und verorten. Es handelt sich hierbei um ein komplexes und diffiziles Thema, das nicht mit einfachen Antworten wie einer unmittelbaren Herausnahme von Kindern beantwortet werden kann. Zuerst sind hier Institutionen wie Kindergarten und Schule herausgefordert. Die Fachkräfte dort haben einen alltäglichen Umgang mit Kindern, die in rechtsextremen Milieus leben. Es ist vorrangig ihre Aufgabe, diesen Kindern die Möglichkeit zu geben, alternative Erfahrungen von Demokratie, Vielfalt und Gleichwertigkeit zu machen und auf diesem Wege ein Fenster in Richtung eines möglichen perspektivischen Ausstiegs offen zu halten. Jenseits dieser pädagogischen Fragen bedarf es darüber hinaus einer differenzierten Debatte über die Frage, welche pädagogischen, aber auch juristischen Antworten es für Situationen gibt, in denen Kinder in Parallelwelten aufwachsen. In Parallelwelten aufzuwachsen überfordert Kinder. Außerdem bedarf es einer Diskussion und fachlichen Auseinandersetzung über den Umgang mit Kindern, denen menschenfeindliche Weltbilder und Freund-Feind-Konstruktionen eingeprägt werden

und deren Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Aufwachsen sehr stark einschränkt ist. Es handelt sich hierbei durchaus um Aspekte, die im Paragrafen der Kindeswohlgefährdung benannt sind – jedoch bislang kaum diskutiert. Teilweise kann hier auf Erfahrungen im Umgang mit Sekten oder religiös-fundamentalistischen Zusammenhängen zurückgegriffen werden.

Anmerkungen

- 1 Zitiert nach Peters, Freia (2012): So gefährlich lebt eine Neonazi-Aussteigerin. 11. 08. 2012. Online unter <http://www.welt.de/politik/deutschland/article108574684/So-gefaehrlich-lebt-eine-Neonazi-Aussteigerin.html> [08. 03. 2014].
- 2 Vgl. Rahe, Regina (2009): Rechtsextreme Frauen – alles andere als harmlos. 13. 05. 2009. Online unter www.netz-gegen-nazis.de/artikel/12052009-rechtsextreme-frauen-alles-andere-als-harmlos [08. 03. 2014].
- 3 Vgl. Wagner, Bernd/Krause, Ulrike (2013): Zum Ausstieg von Frauen (mit Kindern). In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und Demokratische Kultur 12/2013, S. 220-229, hier S. 225.
- 4 Ebd.

Fazit

Esther Lehnert

Wir hoffen, dass wir mit der nun vorliegenden Broschüre zur Sensibilisierung und Auseinandersetzung mit dem leider immer noch fahrlässig vernachlässigten Thema der Wahrnehmung von Frauen im aktuellen Rechtsextremismus beitragen. Einerseits sollte spätestens seit der Selbstenttarnung der NSU die Gewissheit gereift sein, dass eine Nicht-Wahrnehmung von Frauen im Rechtsextremismus mitunter tödliche Folgen haben kann. Die Berichte und Geschichten, die dieser Broschüre zugrunde liegen und in dieser eine Dokumentation bekommen haben, belehren uns leider, dass wir immer noch weit entfernt von einer angemessenen und fundierten Wahrnehmung von Frauen in und ihrer Wichtigkeit für den Rechtsextremismus sind. Unser kurzer historischer Exkurs sowie die Auseinandersetzung mit rechten Frauen nach 1945 zeigen zum einen auf, dass die Nicht-Wahrnehmung von Frauen als Akteurinnen und damit auch als »Täterinnen« Tradition hat beziehungsweise die Regel ist. Und dass andererseits das Festhalten an der Konstruktion von Frauen als friedfertige Wesen nicht nur eine reduzierende Betrachtung darstellt, sondern darüber hinaus auch rechtsextremen Frauen die Möglichkeit gibt »unsichtbar« – in einem politischen Sinn – zu bleiben.

Bereits der geschärfte Blick auf die Rolle von Frauen im Rechtsterrorismus vor der Selbstenttarnung der NSU weist zum einen die Tendenz der Sexualisierung in der Wahrnehmung von rechten Frauen aus und zum anderen wird deutlich, dass es rechtsextremen Frauen hier leichter möglich war, sich ihrer Verantwortung für ihr menschenverachtendes Handeln zu entziehen. Diese Tendenz findet sich auch nach wie vor – nicht zuletzt in der Wahrnehmung Beate Zschäpes. Auch ihr gegenüber sind wir mit geschlechtsstereotypen Wünschen und Wahrnehmungen konfrontiert, die wiederum einerseits zu einer Verobjektivierung (rechter) Frauen beitragen, als auch einer damit einhergehenden Verharmlosung rechtsextremer Ideologie Vorschub leisten.

Die Auseinandersetzung mit der Situation von Aussteigerinnen zeigt zusätzlich dazu auf, dass die Defizite in der Wahrnehmung von Frauen für diese selbst dann zu einer realen Bedrohung werden können, wenn sie mit ihren Kindern aus der Szene aussteigen wollen. »Normale« Bedarfe nach Sicherheit und Schutz, die sich aus der Situation für Frauen und ihre Kindern ergeben, werden kaum zur Kenntnis genommen, noch wird nach Strategien und Lösungen gesucht. Die Auseinandersetzung mit dem Fall Drygalla verweist darauf, dass Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches Problem wahrgenommen werden muss. Anhand des Beispiels Sport wird aufgezeigt, dass Institutionen und Organisationen Verantwortung für demokratisches Handeln übernehmen müssen. In der Auseinandersetzung mit diesem Fall haben wir darüber hinaus die Frage gestellt, ob die Tatsache, dass es sich hier um eine Frau handelte, mit dazu beigetragen hat, sie (medial) als »Opfer« der Umstände darzustellen und sich nicht mit ihrer Weltanschauung kritisch zu befassen.

Gesellschaft, und zwar sowohl Institutionen und Organisationen der Sicherheits- und Repressionsbehörden, sowie Pädagogik und Zivilgesellschaft, ist gefordert, dem politi-

schen Denken und Handeln von Frauen mehr Beachtung zu schenken. Insbesondere dann, wenn es um Rechtsextremismus geht. Anderenfalls laufen wir Gefahr, Fehler der Vergangenheit zu wiederholen und der »doppelten Unsichtbarkeit« rechtsextremer Frauen weiter Vorschub zu leisten. Wir hoffen, dass wir mit unseren Empfehlungen für Polizei, Justiz, Medien, Zivilgesellschaft und Pädagogik mit dazu beitragen, dass das Denken und Handeln rechtsextremer Frauen endlich sichtbarer wird. Außerdem erhoffen wir uns, dass eine angemessene Wahrnehmung der Relevanz von Frauen im aktuellen Rechtsextremismus auch dazu führt, dass die Ausstiegsbedingungen für sie – mit und ohne Kinder – ihren geschlechtsspezifischen Bedarfen angepasst werden.



Die Schüler_innen der Walddorfschule in Greifswald bereiten sich auf den Protest gegen den Neonaziaufmarsch am 1. Mai 2011 vor.

Autor_innenangaben

Naemi Eifler ist Studierende der Sozialen Arbeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin und beschäftigt sich kritisch mit strukturellen Ausgrenzungsmechanismen. Im Praxissemester arbeitete sie bei der Amadeu Antonio Stiftung für die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus sowie für ju:an – Jugendarbeit gegen Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsideologien. In ihrer Bachelorarbeit beschäftigt sie sich mit Konstruktionslogiken von »Asozialität« im Nationalsozialismus.

Dr. Esther Lehnert ist Erziehungswissenschaftlerin und setzte sich bereits in ihrer Promotion mit der Beteiligung von Sozialarbeiterinnen im Nationalsozialismus auseinander. Sie war in verschiedenen Präventions- und Interventionsprojekten (u.a. in der MBR Berlin) beschäftigt und ist in Beratung, Fortbildung und wissenschaftlicher Begleitung zum Thema tätig. In der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus ist sie seit Beginn an als freie Mitarbeiterin tätig.

esther.lehnert@amadeu-antonio-stiftung.de

Ulrich Overdieck verfasste 2009 seine Magisterarbeit zum Thema »Rechtsextremismus und Männlichkeit. Männlichkeitskonstruktionen in rechtsextremen Diskursen«. Er ist freiberuflich unter anderem für den Verein für Demokratische Kultur e.V. (VDK) zu dem Themenschwerpunkt »Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im kommunalen Gremien« tätig. Für die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus beobachtet er den NSU-Prozess.

Dr. Heike Radvan ist Erziehungswissenschaftlerin und promovierte im Jahr 2009 zum Thema »Pädagogisches Handeln und Antisemitismus« an der Freien Universität Berlin. Seit 2002 arbeitet sie in der Amadeu Antonio Stiftung, u.a. zu den Themen »Antisemitismus in der DDR« und »Gender und Rechtsextremismus«. Von 2007 bis 2010 war sie im Projekt Lola für Lulu – Frauen für Demokratie im Landkreis Ludwigslust tätig, aus dem die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus entstanden ist.

heike.radvan@amadeu-antonio-stiftung.de

Henrike Voigtländer studierte Kunstgeschichte und Geschichte an der Humboldt Universität zu Berlin und der Freien Universität. Sie ist studentische Mitarbeiterin in einem Forschungsprojekt zu Fotografie im Nationalsozialismus und ihre Studienschwerpunkte sind Ungleichwertigkeitsideologien und visuelle Kultur, im Besonderen Fotografie. 2014 arbeitete sie in der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus.

MIT IHRER SPENDE ODER ZUSTIFTUNG UNTERSTÜTZEN SIE DIE FÖRDERUNG VON PROJEKTEN UND INITIATIVEN GEGEN RECHTE GEWALT

Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Wir glauben, dass man gegen Neonazis am wirksamsten mit Initiativen und Projekten vor Ort angehen kann: Initiativen, die sich dauerhaft engagieren und die für demokratische Kultur und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für sie und ihr Handeln wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen. In den letzten 15 Jahren hat die Stiftung bundesweit über 750 lokale Initiativen gefördert. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, die Engagierten dauerhaft zu ermutigen, Öffentlichkeit für ihre Situation zu schaffen, und sie zu vernetzen.

Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio Kiowa, wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten von heute fast 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Die Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin
Telefon: 030. 240 886 10
Fax: 030. 240 886 22



info@amadeu-antonio-stiftung.de



www.amadeu-antonio-stiftung.de



www.facebook.com/AmadeuAntonioStiftung



www.twitter.com/AmadeuAntonio

Bankverbindung

GLS Gemeinschaftsbank eG
Konto-Nr. 600 500 0000
BLZ 430 609 67
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE32 4306 0967 6005 0000 00

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit eine Spendenbescheinigung zugeschickt werden kann.